

# Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 187.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Die Arbeiten des preußischen Landtages

Dank der Abneigung des Fürsten Reichskanzlers, den Spätherbst in Berlin zu bringen, darf die natürliche Ordnung in der Reihenfolge der parlamentarischen Sessonen nicht innegehalten werden, es darf nicht der Reichstag im Herbst die Etatsarbeiten beenden, sondern der preußische Landtag muss ein Etatsgesetz machen, ehe noch der bedeutendste Posten, der der Matrikularamlagen, festgestellt werden konnte. Dank dieser Abneigung hat auch die Verlegung des Etatjahres im Reich und in Preußen nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt, das gleichzeitige, beiderseits störende Arbeiten von Reichstag und Landtag zu vermeiden. Nicht einmal die Vorsicht ist beobachtet worden, den mit Arbeiten überhäuschten preußischen Landtag zeitig einzuberufen. Die lange Session desselben ist deshalb ganz fruchtlos verlaufen, und die jetzt beginnende Nachsesson würde kaum beliebt worden sein, läge nicht die unabwählliche Notwendigkeit vor, das Ausführungsgezeg zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz zur Erledigung zu bringen. Dass eine solche Notwendigkeit, ein wirklicher Zwang vorliegt, wird vom Herrenhause, das sich von der Regierung unterstützt weiß, gut ausgebettet. Das Obertribunal zu Berlin ist von dem Herrenhause auf denselben Umwege in dem Berliner Oberlandesgericht wieder geschaffen worden, den das Abgeordnetenhaus durch namentliche Abstimmung mit beträchtlicher Majorität dem Justizminister Dr. Leonhard verlegt hatte. Wir haben leider keine Hoffnung, dass Angesichts der erwähnten Zwangslage das Abgeordnetenhaus bei seinem früheren Beschluss bestehen bleiben wird. Jene Zwangslage existiert zwar für die Regierung auch, und die Regierung hat es in der Hand, das Herrenhaus nachgiebig zu machen; aber das Abgeordnetenhaus kennt oder erkennt in seiner jetzigen Zusammensetzung keine Zwangslage für die Regierung, sondern sieht darin immer nur eine Zwangslage für sich selbst.

Doch noch eine gesetzgeberische Arbeit wird der preußische Landtag außer der genannten unabwähllichen vollenden. Er wird nicht bloß dafür sorgen, dass das Berliner Oberlandesgericht die Traditionen des Berliner Obertribunals getreulich fortführe, sondern auch in dem Stadtbahngesetz eine Lehre geben wollen, dass es nicht gut sei, mit dem Staate zu "gründen."

Der preußische Fiskus hat es für angemessen gehalten, zu einer Gesellschaft von notorisch präferter Lage in ein Soziätsverhältnis zu treten. Er hat es ferner geschaffen lassen, dass dieser sein Sozius nicht bloß in Vermögensverfall geriete — das könnte süßlich der Fiskus nicht wohl hindern —, sondern, dass er aus diesem Vermögensverfall selbst Vortheil zog. Der Fiskus hat ferner in seiner Soziät mit anderen Privatgesellschaften ein Verfahren beliebt, das wir einem privaten Gründer, Aufsichtsrath oder vergleichbar in jüngerer Zeit doch nicht raten wollten. Kurz, der Landtag wird in Betreff der Übernahme der Berliner Stadtbahn in Staatsbesitz ein Gesetz zu erlassen haben, in welchem 8,400,000 Mark in Rechnung gesetzt sind, als Gewinn, den die Sozien des Fiskus freiwillig oder unfreiwillig hergegeben haben, um der Soziät mit dem Fiskus ledig zu werden!

Noch eine dritte gesetzgeberische Arbeit soll in der Nachsesson des Landtags beendet werden: das Holzdiebstahlsgesetz. Hiermit hat es keine Eile, und darum ist die Hoffnung berechtigt, dass nichts daraus wird. In diesem Gesetz befinden sich in Folge einer strengen Anwendung des Eigentumsbegriffs manche Härten, so dass zu wünschen ist, es möchten sich erst noch Stimmen vernehmen lassen von Solchen, die nicht als Bestiger interessirt sind.

Die halbamtlische "Provinzial-Korrespondenz" bespricht in ihrer neuesten Nummer die Annahme des Stellvertretungsgesetzes durch den Reichstag in einem Leitartikel dessen Gedankengang schon durch die Ueberschrift charakterisiert wird: "Ein guter Schritt vorwärts in der Reichsverwaltung." Der Artikel erwähnt zuerst die Besorgnisse und übertriebenen politischen Bedenken, welche sich an das erste Bekanntwerden des Vorschlags geknüpft die, an sich ungegründet, bald gegen die Erkenntnis der großen geschäftlichen Wichtigkeit und praktischen Bedeutung des Entwurfs zurückgetreten seien. Dann heißt es weiter:

Die liberale Partei hatte die Frage und deren wünschenswerthe Lösung in engerem Zusammenhange mit der Behandlung des Finanz- und Steuerreform im Reich und mit den gleichzeitig erstrebten weiteren Organisationsveränderungen aufzufassen zu müssen geglaubt. Als nun die erste Beratung der Steuervorlagen mit einem anscheinend schweren Gegenseit zwischen den Bestrebungen der Regierung und der Mehrheit des Reichstages schloss, da galt es als unvermeidlich, dass die Parteistellung bei der Erörterung der Stellvertretungsgesetz zu weiterem und bestimmtem Ausdruck gelangen würden, umso mehr, als diese in einem wichtigen Punkte allerdings die künftige Behandlung der Finanzfragen des Reiches berührte. Um so erfreulicher ist es, dass der Reichstag in seiner grossen Mehrheit, ungeachtet mancher lebhaften, politischen Auseinandersetzungen, welche sich an die Beurteilung knüpften, doch die Vorlage selbst lediglich nach ihrer unmittelbaren praktischen Bedeutung und Notwendigkeit ins Auge sah und sich in seinen Beschlüssen nur von dem Gesichtspunkte leiten ließ, das Zustandekommen des an sich unabdingt erforderlichen Gesetzes nicht durch den Streit über besondere politische Wünsche zu gefährden. Dieselben konservativen und liberalen Parteien, welche durch ihr Zusammenwirken mit der Regierung seit der Gründung des Norddeutschen Bundes alle Fortschritte des Verfassungsbetriebs gefördert haben, sind auch diesmal fest und geschlossen für die volle Sicherung und weitere Gestaltung der Reichsverwaltung eingetreten. Wenn das, was durch das neue Reichsgesetz erreicht ist, hinter den Partei-Erwartungen zurückbleibt, so ist es doch keineswegs nur ein "Notbehelf", sondern es ist damit zur rechten Zeit geschaffen, was für die Reichsverwaltung dauernd Notthut. ... So ist denn in der That mit dem Stellvertretungsgesetze ein guter Schritt vorwärts gehan-

General Ignatiess soll am 14. d. in Petersburg eintreffen, die Publikation des Preliminarienfriedens wird daher wohl am Freitag erwartet werden dürfen, vorausgesetzt, dass dieselbe sofort die kaiserliche Sanction empfängt. Inzwischen vollziehen sich in der Umgebung von Konstantinopel wiederum Bewegungen der russischen Truppen, welche nicht allein die Aufmerksamkeit, sondern auch eine Gegenbewegung der englischen Flotte zur Folge gehabt haben. Einem konstantinopeler Telegramm aufscheide die russische Armee sich bereits Bujukdere, dem bekannter Sonnenritze der europäischen Diplomatie am Bosporus, und andere Anzeichen lassen darauf schließen, dass der linke Flügel, sowie das Zentrum der russischen Aufstellung vor Konstantinopel die gleiche Höhe mit San Stefano erreichen sollen.

Als charakteristisch für den Standpunkt der russischen Regierungskreise muss die telegraphisch signalisierte Aussführung des "Journal de St. Petersburg" gelten, welche sich gegen das von der englischen Presse gestellte Verlangen wendet, dass alle Mächte sich den Entscheidungen des Kongresses vorer unterwerfen sollen und das der ganze konstantinopeler Friedensvertrag dem Kongress zu event. Genehmigung unterbreitet werden soll. Wie anzunehmen, entspricht diese Kundgebung des russischen Regierungskreises der Antwort Russlands auf ein analoges Verlangen des englischen Kabinetts, mag ein solches nun bereits offiziell gestellt oder nur angedeutet sein. Von russischer Seite ist bereits früher erklärt worden, dass nur diejenigen Punkte des Friedensvertrages, welche europäische Interessen berühren, dem Kongress zur Erörterung unterbreitet werden sollen; Fürst Bismarck hob in seiner Orientrede hervor, dass alle Abänderungen der Stipulationen von 1856 der Zustimmung der Signatarmäkte bedürfen würden. Voraussichtlich werden diese beiden Erklärungen sich ähnlich deuten. Immerhin ist das Gebiet ziemlich deutlich umschrieben, auf welchem die Verhandlungen der Kabinete sich gegenwärtig bewegen.

## Deutschland.

△ Berlin, 13. März. Dem Bundesrat ist im Anschluss an die Vorlage vom 30. September 1876 eine von dem mit der Oberleitung der Ausgrabungen auf dem Boden des alten Olympia betrauten Direktorium verfasste Deutschrifft über den weiteren Verlauf und Erfolg des Unternehmens zur Kenntnisnahme vorgelegt worden. Die bisherigen Einnahmen betrugen 375 000 M., darunter 361 000 M. Davon wurden verausgabt in der ersten Kampagne 120 000 M., in der zweiten 150 000 M. so dass für die Zeit bis zum 1. April d. J. (dritte Kampagne) 105 000 M. bleiben. Zur kräftigen Fortführung der Arbeiten sind in der Zeit vom 1. April 1878 bis zum 1. April 1879 150 000 M. erforderlich. Da der Reichstag mit Rücksicht auf den bis zum 1. April festzustellenden Reichshaushaltsetat nicht wohl länger als eine Woche seine Arbeiten unterbrechen kann, der Landtag aber jedenfalls längere Zeit (die "Prov. Corr." nimmt vierzehn Tage an) zur Vollendung seiner Arbeiten gebraucht, so wird eine Vereinbarung zwischen den Präsidien des Reichstags und des Landtags über die Möglichkeit gleichzeitigen Tagens getroffen werden müssen. Man nimmt an, dass eine der beiden Körperschaften Abendstunden halten wird. Nachdem die befehligen Ausschüsse den Bericht über den Gesetzentwurf wegen Verfälschung der Lebensmittel erstattet haben, wird derselbe, sobald die Fertigstellung im Druck erfolgt ist, dem Bundesrat zur Beratung zugehen. Vermöglich wird der Bericht schon in einer der nächsten Sitzungen auf der Tagesordnung stehen. In einem sehr umfangreichen Volumen publiziert so eben das kaiserliche Statistische Amt die 2. Abteilung der Statistik der Seeschiffahrt, welche den Seeverkehr in den deutschen Hafenplätzen und die Seereisen deutscher Schiffe während des Jahres 1876 umfasst. Aus den Ziffern einer von einem ungenannten Patrioten gegründeten Stiftung, die ein Kapital von 4550 M. besitzt, werden nach den Wünschen des Stifters alljährlich am Geburtstage des Kaisers 10 hilfsbedürftige Veteranen der Feldzüge von 1813/15 beschont. In diesem Jahre werden jedem dieser Veteranen 15 M. zugewendet werden, zu welchem Behuf die betreffenden Generalkommandos mit Anweisung versehen sind.

§ Berlin 13. März. Der Reichstag hielt heute zwei Sitzungen. In der ersten beschäftigte man sich mit Wahlprüfungen und Anträgen aus dem Hause. Der von den Sozialdemokraten eingebrachte Gesetzentwurf wegen Beurlaubung des Abg. Bebel aus der Haft und wegen Abänderung des Art. 31 der Verfassung hatte lediglich den Zweck einer skandalirenden Demonstration, welcher auch glücklich erreicht wurde. Bebel ist bekanntlich wegen Beleidigung des Reichskanzlers vermittelst einer Broschüre, verurtheilt worden, deren intrinsische Stellen der Antragsteller Abg. Liebknecht verlas. Der zweite Theil des Antrages geht dahin, dass ohne Genehmigung des Reichstags während der Sitzungsperiode desselben kein Mitglied des Hauses verhaftet oder in Untersuchung gezogen werden kann. Der Antragsteller behauptete, die Bescheidenheit der Volksvertreter habe dabey geführt, dass der Präsident des parlamentarischen Prinzips, Abg. Lasler in der Sitzung am Sonnabend insultirt worden sei, eine Behauptung, welche im Hause Unruhe und Widerspruch veranlasste. An der Debatte beteiligten sich die Abg. Hoffmann, v. Gotha und Reichensperger (Krefeld), worauf der erste Theil des Antrags mit großer Mehrheit und die Verweisung des zweiten Theils an eine Kommission abgelehnt wurde. Von positivem Interesse war darauf die Diskussion über den Kappischen Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Auswandererbeförderungswesens. Die demselben theil-

Amoneus  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, Bremen,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Daube & Co.  
Hausknecht & Vogler,  
Adolph Moser.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim "Invalidenbank".

Unter 20 Pf. die fortgeschriebene Zeitung oder deren  
Name, Volumen die Zeitung 60 Pf. fällt an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
über Nachmittag eingezogen.

1878

weise zu Grunde liegende Absicht, die heute bestehenden polstlichen Chikanen zu beseitigen, wird schwerlich erreicht werden. Der Entwurf wurde einer Kommission überwiesen. Desgleichen nahm das Haus eine Resolution an, welche eine Vorlage verlangt, wodurch das Wechselstempelsteuergesetz mit der Marktwährung in Einklang gebracht wird. Die zweite Sitzung hatte lediglich den Zweck, die gerichtlichen Kosten eines Kommission zu überweisen. — Zugleich fand im Herrenhause eine kurze Sitzung statt, in welcher der Bericht betreffend die Verwaltung des Hinterlegungsfonds für 1877, und der Bericht der Staatschuldenkommission f. 1876 für erledigt erklärt wurden. Mehrere Petitionen, betreffend die Reichskosten und Diäten für die bürgerlichen Mitglieder der Ober-Erfolgskommission wurden der Regierung mit dem Ansuchen überwiesen, die fraglichen Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Die nächste Sitzung findet morgen statt, auf deren Tagesordnung das Justizausführungsgesetz steht.

— Die "Prov. Corr." schreibt: "Unser Kaiser hat im Laufe der vorigen Woche wiederholt die Vorträge des Reichskanzlers und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, sowie des Kriegsministers und anderer hohen Verwaltungshebels entgegenommen und am Montag (11.) den Bizepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen, dessen Abschiedsgebet bisher nicht genehmigt ist, empfangen." Bei der hier erwähnten Audienz soll der Minister, wie von verschiedenen Seiten versichert wird, sein Entlassungsgesuch erneuert haben.

— Nach dem für Januar d. J. im Kriegsministerium zusammengestellten Hauptbericht der Kranken des preußischen Heeres, des sächsischen und württembergischen (12. und 13.) Armeecorps betrug Ende erwähnten Monats die Krankenzahl 29,205 Mann oder 8,2 p.C. der Effektivstärke. Davon sind unter militärischer Behandlung 98 gestorben, worunter die Mehrzahl, 29, am Unterleibstypus, 16 an Lungentuberkulose und 15 an Lungenschwindsucht, 7 an den Folgen von Verunglücksungen und davon einer an einem Selbstmordversuch. Unter nicht militärischer Behandlung sind noch 22 gestorben, nämlich 6 durch Verunglücksung und 16 an Selbstmord, so dass das Heer im Ganzen 120 Mann durch den Tod und darunter 17 durch Selbstmord verloren hat.

— Eine neue verschärzte Verfügung des Kultusministers gegen die Schülerverbündungen auf höheren Schulen ist ergangen und die neuen Theilnahmen an solchen Ausgenissen sollen nicht ohne Weiteres in andere Aufzallen aufgenommen werden.

— Am Dienstag früh wurde, wie die "Berliner Freie Presse" mittheilt, ihrem am Montag verhafteten verantwortlichen Redakteur Fijischer eröffnet, dass gegen ihn 12 Beleidigungsprozesse, darunter drei Majestätsbeleidigungen, abhängen sind.

— Die freie volkswirtschaftliche Vereinigung des Reichstags (Schützjäger) trat am 11. d. zu einer Beratung befußte Stellungnahme zu der dem Reichstage vorgelegten Deckschrift über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag unter dem Vorste des Abg. Dr. Löwe auf. An der Debatte beteiligten sich u. A. die drei Referenten Abg. Dr. Grothe, Bergmann (Straßburg) und Dr. Hammacher. Nach einer eingehenden, lebhaften Diskussion resümirt der Vorsitzende, Abg. Dr. Löwe, deren Hauptgesichtspunkte dahin: Der Tarif ist in seiner jetzigen Beschaffenheit unbrauchbar, der Abschluss eines Handelsvertrages ist bis zur Reformierung des Tarifs durch Enquete z. unratsham und zu kämpfen, die Klausel der meistbegünstigten Nationen ist ausgeschlossen, bei den Tarifen für Arbeits- und Transportwesen sind die nötigen Rückstufen zu nehmen. Die Vereinigung wird demnächst ihre Anträge formuliren und dem Plenum zur Genehmigung unterbreiten.

## Österreich.

Über Graf Andrássy's Ausführungen vor der am 10. d. als Komitee versammelten ungarischen Delegation erfährt die "N. Fr. Presse" folgende Details:

Im Verlaufe seiner umfangreichen Rede formulirte der Minister des Auswärtigen die zu wahren Interessen der Monarchie in sieben Punkten. Durch diese Punkte erhielt ein bis an das ägyptische Meer reichendes Fürstenthum Bulgarien nicht unbedingt ausgeschlossen. Graf Andrássy findet die derart formulirten Interessen der Monarchie mit den allgemeinen Interessen Europas identisch und glaubt verständig zu dürfen, dass er in dieser Hinsicht auf die Zustimmung fast aller Mächte zählen könne. Möglicherweise wäre seit Annahme des Kongressvorschlags die Lage der Monarchie als wesentlich verdüstert zu betrachten und daher der Kongress an sich schon ein bedeutsamer Erfolg. Denn nunmehr werde für die mit den europäischen identischen Interessen der Monarchie nicht die Monarchie allein, sondern Europa einzustehen haben. Dies berechtige auch zu der Hoffnung einer friedlichen Lösung. Immerhin müsse sich aber die Monarchie auch für den Fall der Notwendigkeit einer Mobilisierung bereit halten. Nun wäre hierfür bei unseren Institutionen eine gewisse Freiheit notwendig, die man sich auch auswärts berechnen könne, und hierin liege ein unvermeidbarer Nachteil. Um diesen paralytischen und um die Mobilisierung möglicherfalls befähigen zu können, müsse er auf der Wahrung des Kredits bestehen. Er müsse umso mehr darauf bestehen, als auch, von diesem Gesichtspunkte ganz abgesehen, unvorhergesehene Ereignisse eintreten können, die ein folgendes militärisches Eingreifen zur unabsehbaren Notwendigkeit machen würden. Er verweise auf die Möglichkeit von Aufständen, Freiheitskriegen, Proklamationen, die zum Beispiel das Verbündnis der türkischen Nachbar-Territorien zur Monarchie berühren könnten und unvermeidliche Maßregeln erfordern würden. Was insbesondere Bosnien betrifft, könne er die Annexion als Ziel unbedingt abweisen; als Möglichkeit müsse er sie aber ins Auge fassen, als Notwendigkeit könne sie sich aufdrängen. Was seine Politik im Ganzen und ihre Resultate, sowie das Missbrauen betreffe, dass insbesondere einer der Delegierten ausgeprochen, wäre er vielleicht auch selber unzufrieden, wenn auch ihm nicht mehr bekannt wäre, als dem betreffenden Delegierten. Ja es könne selbst noch nach Verlauf von Jahresfrist den Auschein haben, als habe sich seine Politik nicht bewährt, als habe sie nicht zu entsprechenden Resultaten geführt. Die schiefen Ergebnisse aber werden seine Politik rechtigen.

Der österreichischen Delegation gegenüber ist Graf

Andraß ungleich zurückhaltender gewesen als im Kreise seiner ungarischen Landsleute. Letzterer hat er die Darlegung dessen, was er unter österreichisch-ungarischen Interessen versteht, nicht vorenthalten, der österreichischen Delegation wollte er jedoch die nämliche Erklärung nur unter der Garantie strengster Verschwiegenheit geben. Obgleich Herr Giskra sich für leichtere verbürgen zu wollen erklärte, wurde aus dem Schoße der Delegation doch darauf aufmerksam gemacht, in der vorigen Sesslon sei ein eventueller Bruch der Verschwiegenheit nicht allein als Vertrauensbruch, sondern sogar als Landesverrat bezeichnet worden, habe aber dennoch stattgefunden. Graf Andraß machte in Folge dessen die bezüglichen Erklärungen nicht und lehnte sie damit zur Genüge das Verhalten derjenigen Abgeordneten und Presseorgane, welche die damalige Indiscretion veranlaßt und vermittelt haben. Nebrigens scheinen die Erklärungen in den ungarischen Komites selbst auf die Delegirten der Opposition so befriedigenden Eindruck gemacht zu haben, daß die einstimmige Annahme der Kreditvorlage in der ungarischen Delegation gesichert erscheint. Damit kann denn der Kredit als bewilligt gelten, da keinesfalls die österreichische Delegation denselben einstimmig verweigern wird und eventuell also für die gemeinsame Abstimmung die Mehrheit gesichert ist.

**Wien.** Der Einmarsch österreichischer Truppen in Bosnien und der Herzegovina, welcher in der vergangenen Woche in ziemlich naher Aussicht zu stehen schien, ist, vertagt worden, sowohl um weder auf die Delegationen einen Druck zu üben, als auch um den Kongreß nicht vor eine vollendete Thatsache zu stellen. Nach den Ausführungen des Grafen Andraß sind der Einmarsch wie die Annexion von der Regierung niemals beabsichtigt gewesen. Die Vorlage betreffend den 60-Millionen-Kredit erwähnt derartige Eventualitäten natürlich mit keiner Silbe. Die Vorlage selbst lautet:

Bei der gegenwärtigen Sachlage ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die gemeinsame Regierung genötigt werden könnte, zur Wahrung der Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie außerordentliche Maßregeln ergreifen. In diesem Falle muß die gemeinsame Regierung in der Lage sein, die allgemein entstehenden Kosten decken zu können, und daher um die Errichtung bitten, die diesfälligen Auslagen bis zur Höhe von 60 Millionen Gulden bereitzustellen zu dürfen. Mit dieser Summe sollen nicht etwaige Anschaffungen zur Komplettirung oder Ausrüstung der Armee bewirkt werden, wozu ordnungsmäßig die Anforderungen im Extraordinarium des Heeres bestimmt sind, sondern es sollen hierdurch der gemeinsamen Regierung die Mittel gewährt sein, damit sie auf ihre Verantwortung rechtzeitig solche Maßregeln treffen könne, die bei rascher Verwertung der Vorrtheile, welche die Organisation der Armee bietet, allein geeignet sind, die Monarchie vor jeder Gefahr und Überraschung zu sichern. Die hohe Delegation wolle daher beschließen: Das gemeinsame Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Regierungen der beiden Staatsgebiete der Monarchie für die sich bei unabsehbarer und dringender Notwendigkeit ergebenden außerordentlichen Heeresforderungen Ausgaben bis zur Höhe von 60 Millionen Gulden zu bestreiten. Für die Bedeckung dieser Summe ist auf verfassungsmäßigen Wege Vorrorge zu treffen. Wien, . März. Andraß. Hofmann. Blaßland-Rheindl.

## Italien.

Gewisse Korrespondenten in Rom wettetfern mit der wenig zuverlässigen „Agenzia Stefani“ darin, den neuen Papst als einen Friedensfürsten darzustellen. Ein Korrespondent der „Köln. Blg.“ geht sogar soweit, dem neuen Pontifex mit dem Vorzug zu bedenken, daß die Jesuiten gegen ihn reuotieren wollen. Derselbe telegraphiert:

Rom, 11. März. Man will im Vatikan (oder sonstwo?) entdeckt haben, daß es sich bei dem Aufstande der Schweizergarde um keine vereinzelle Thatsache, sondern um eine Verschwörung der Jesuitenpartei gehandelt habe. Der Zweck sei der gewesen, den Papst zur Auswanderung zu bewegen, dieser aber habe die Absicht durchschaud erklär, er werde sich auf seinem Posten zu behaupten wissen. — Sehr bemerklich wird auch, daß der Papst die bei den Empfängen zugelassenen Deputationen fortwährend hindert, Adressen vorzulegen, um so dem Druck der Ultramontanen auszuweichen. Die Zürdringlichkeit, womit Unberufene aller Nationen dem Papste mit Rathschlägen auf den Leib rücken, ist nahezu unglaublich. — Ledochowski wohnt fortwährend im Vatikan, der Papst soll indeß nicht abgeweigkt sein, für die polnischen Diözezen einen Nachfolger zu ernennen (??) und so das Exil des Märtyrerbischofs in die Residenz eines Kardinals de la cour zu verwandeln. Vorbedingung wäre die Überzeugung des Papstes von den entgegenkommenden Absichten der deutschen Regierung.

Wir bezweifeln, daß die deutsche Regierung schon etwas von den entgegenkommenden Absichten des Papstes gemerkt hat.

Die „Neue Fr. Br.“ kommt auf die zweite, vom Könige Humbert dem Herrn Cairoli gestellte Bedingung zu sprechen, nämlich auf diejenige, welche jede Aenderung in der auswärtigen Politik des Königreiches perhorresirt, und meint, daß sich dieser vom Könige gemachte Vorbehalt sehr leicht begreife. Cairoli sei ein grimmiger Feind Österreichs und habe noch bei jeder Gelegenheit die Annexion Triests und des Trentino für ein Gebot der nationalen Ehre erklärt.

## Theater.

Zum Benefiz für Herrn Fischer wurde am Mittwoch vor kaum halbgefülltem Hause ein vierjähriger Schwan „Qued filber“ von Leon Treptow zum ersten Male gespielt. Derselbe enthält wenig Neues, verwarfhet vielmehr schon oft auf der Szene gesehene Situationen und Figuren. Die Arbeit hält sich im Ganzen in den Bahnen Julius Rosen's, an den man des Öfteren erinnert wird. Missverständnisse über Missverständnisse, die sofort gelöst wären, wenn die Leute einander ordentlich Rede und Antwort stehlen wollten! Das Stück hängt oft nur an einem Faden, aber er hält, weil er muß. Im übrigen ist das dramatische Gewebe nicht gerade seiner Art. Der Verfasser geht in dieser Beziehung nicht strubliss zu Werke. Der Dialog hat oft eine Derbheit, die mehr der Posse als dem Schwan — und zwischen beiden ist immerhin noch ein Unterschied — entspricht. Die Handlung besteht aus zwei Liebesgeschichten, die theils neben einander abgewickelt werden, theils einander durchkreuzen. Auf der einen Seite ein höchst schüchterner Student und eine muntere Cousine, auf der andern ein Bonvivant mit dem bezeichnenden Namen Toller und ein Badisch. Um diese beiden Paare gruppiren sich ein Professor der Chemie, dessen Spezialität das Quecksilber ist — daher der Titel des Stücks — ein Dr. Knops, „Inhaber einer Privatanstalt für schwedische Heilgymnastik“, eine durch Romanlettire konsus gewordene Frau und ein paar Nebenfiguren. Das Ganze ist bühnengerecht und auch bühnenwirksam, wenn es rasch und exakt abgespielt wird. In dieser Beziehung war die Aufführung lobenswerth. Die Liebespaare wurden durch die Damen Egger und Gutperl und die Herren Levinger und Swenger sehr ansprechend vertreten. Herr Wegener spielte den Professor Hornbok charakteristisch, und Herr Fischer,

Nun mag König Humbert mit Recht fürchten, der Muster-Garibaldiner könnte, wenn er erst Minister geworden, trotz des belannen fäustigen Einflusses, den die hohe Stellung auf politische Ansichten ausübt, die guten Beziehungen Italiens in Österreich fördern, und das möchte er sich im Vorauß verbeten haben. Cairoli wird sich als Minister schon dazu verstellen müssen, wenigstens keine öffentliche Rede über die natürlichen Grenzen Italiens zu halten.

Das „N. W. Tagebl.“ hingegen spricht von dem in Rede stehenden Vorbehalt des Königs Humbert als von der ausdrücklichen Bedingung, daß die fremdschaftlichen Beziehungen zu Österreich nicht alterirt werden dürfen. Doch findet das Blatt die Verhältnisse hinlanglich damit charakterist, daß eine solche Bedingung überhaupt gestellt werden müsse. Es bedauert, daß im Rothbuche über die Beziehungen Österreichs zu Italien nichts Näheres enthalten sei, und meint, man würde sonst vielleicht erfahren, inwieweit Italien dazu benötigt wurde, um eine dritte Macht von der Intervention im Oriente zurückzuhalten. Nur Russland, nicht Italien, könnte einen davon Nutzen haben, wenn durch die Ernennung eines Ministeriums Cairoli neue Spaltungen in Europa entstehen sollten.

Italien ist, das läßt sich nicht leugnen, ein wirklich konstitutionelles Land. Herr Cairoli ist in politischer Hinsicht in Italien ungefähr oder doch beinahe dasselbe, was Herr Bebel oder Herr Liebknecht in Deutschland. Hat indeß einmal die „rothe“ Partei im Parlamente die Oberhand, so wird auch das Ministerium aus ihren Reihen konstituirt. Allerdings ist es bisher noch immer so gewesen, daß, wenn die Herren noch so radikal ins Ministerium eingetreten sind, sie einmal im Besitz der Macht, ganz wie Victorien Sardou's „Rabagaz“ zu recht zahmen recht milden Leuten würden. Ob es mit Herrn Cairoli ebenso sein wird, mag allerdings fraglich bleiben. Hat er sich doch schon zu sehr engagirt, ist er doch gar zu scharf ins Beug gegangen zu Gunsten der radikalsten der radikalen Ideen. Sein Lieblingsplan ist, wie man aus Kreisen, die Herrn Cairoli als Politiker ziemlich genau kennen, schreibt, die Einführung des „suffrage universel“, des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts, das in Deutschland seit dem Jahre 1867 existirt, an dessen Stelle aber in Italien immer noch die alten Zensuswahlen bestehen. Herr Cairoli war auch einer der tausend Garibaldisianer, die wie Löwen bei Marsfeld kämpften, mit der rothen Blouse ist er mit dem Alten von Caprera umgezogen und befand er sich auch unter den Kämpfern zur Befreiung Roms, die unter des greisen Giuseppe Fahnen marschierten. Ein Bruder des Herrn Cairoli ist übrigens gelegentlich eines Aufstandes, der die Verjagung des Papstes vom weltlichen Throne und die Incorporation Roms als Hauptstadt in das geeinte Italien sich zum Ziele gesteckt hatte — ein Bruder Cairoli's ist gelegentlich eines solchen Aufstandes in Rom unter der Herrschaft des verstorbenen Pius IX. vor gar nicht allzulanger Zeit hingerichtet worden. Nun ist Pius IX. tot, Rom ist Italiens Hauptstadt und der Bruder des damals hingerichteten, der in gewissem Sinne die Erbschaft seiner politischen Ideen angetreten hat, wird als Ministerpräsident mit dem Nachfolger jenes Pius wahrscheinlich zu unterhandeln haben.

Mit der Krise im Quirinal scheint eine Krise im Vatikan gleichen Schritts zu halten. Die Partei der Intransigenten hat in den Spalten des „Osservatore romano“ der neuen Ära offen den Krieg erklärt. Sie greift war nicht die Persönlichkeiten des Papstes und des Kardinal-Staatssekretärs Kranki, wohl aber ihre Prinzipien auf das erbitterlichste an. Dem vierten „Trib.“ schreibt man, die Jesuitenpartei durch die gewaltigen Aufsätze und aufzuhaltenden Informationsblätter des Papstes beeinflußt und suche sich geschickt der zahlreichen Malcontenten zu bedienen, um Leo XIII. seiner Umgebung gegenüber zu kompromittieren. Den Umtrieben dieser Partei sei auch die Meuterei der Schweizergarde zuzuschreiben. Jenen Malcontenten past, wie man sich denken kann, keineswegs in ihrem Kram, daß der Kaiser Alexander von Russland in einem eigenhändigen Antwortschreiben dem Papst seinen Dank für die gewährte Gelegenheit, Verhandlungen wegen der Frage der polnischen Katholiken anzuknüpfen, ausdrückte und ihm mittheilte, daß er seiner Regierung Befehle in der Absicht gegeben habe, daß die Wünsche des Papstes in Erfüllung gingen. Hatte doch erst dieser Tage der pariser „Univers“ bittere Handlossen über den Wortlaut der der nach St. Petersburg organisierten Anzeige von dem Tode Pius' IX. gemacht.

Ueber die Meuterei der Schweizergarde wird der „K. Blg.“ von ihrem römischen Korrespondenten unter dem 9. d. folgendes geschrieben:

Wieder ein Süß Mittelalter weniger! Die Schweizergarde des Vatikans, jedem Rompilger unvergesslich durch ihre gelb- und rothgekleideten Jacken und Plumpsholen, ihre Hellebarden und Flamberge, ist auf den Aussterbe-Stat gesetzt und in die Lücke tritt der ebenso moderne wie langweilige Gendarm. Von diesem bestigt ja der Vatikan noch von der papsttherrlichen Zeit her eigene Exemplare mit eigenhümlicher, von der italienischen Spezies abweichenden Ausrüstung

der Benefiziat, mache aus der wenig ausgeprägten Nolle des Heilgymnastikers was sich daraus eben machen läßt. Die Kunstreiterin Pompeja war Fr. Hagendorf anvertraut, die damit Erfolg hatte; freilich entsprach ihre äußere Erscheinung infofern nicht dem Wesen der Nolle, als die Kunstreiterin eine ältere Dame sein soll. Des Weiteren sind noch Frau Badewis (Clotilde) und Herr Freimüller (Franz) zu nennen. Daß einzelne Künstler in Bezug auf Beweglichkeit hier und da des Guten zu viel thaten, erklärt sich aus dem Titel des Stücks, das vom Publikum freundlich aufgenommen wurde.

## E.

\* Aus Halle wird geschrieben: Die Erfüllung eines von einem großen Theile der Bürgerschaft langgebeten Wunsches scheint sich endlich vorzubereiten: die Erbauung eines neuen Theaters an Stelle der jetzigen „Kunstschweiz“. Eine Anzahl Männer hat zunächst einen Aufruf zur Beteiligung an der Bildung eines desshalb Verein erlassen, welcher jedenfalls von gutem Erfolg sein wird. Die städtischen Behörden haben bereitwilligst Entgegenkommen gezeigt, indem sie der neu zu bildenden Gesellschaft den ehemaligen Petrikapellenkirchhof (einen Platz hinter dem jetzigen Theater, an der alten Biomenade) kostenfrei zur Bebauung überreichten. Die bestehende Theatergesellschaft will das jetzige alte Theatergebäude der neuen Gesellschaft für den höchst billigen Preis von 30,000 Mark überlassen. Die Durchführung des ganzen Unternehmens ist auf 300,000 Mark veranschlagt, welche in Anteilscheinen von 300 Mark aufgebracht werden sollen.

\* In Rom ist fürstlich die Gattin des Schriftstellers Hans Hopfen, in berliner gesellschaftlichen Kreisen ihrer Schönheit und ihrer Liebenswürdigkeit wegen besonders beliebte Dame, verstorben. Der Börs. Cour. schreibt über sie: Frau Hopfen zählte noch kaum 30 Jahre. Wie alljährlich verbrachte sie mit ihrem Gatten und ihren Kindern einen Theil des Winters außerhalb Berlins, dieses Mal in Rom und dort erfasste sie das heimliche Gespenst der Quiritenstadt,

Im Rathe des neuen Staatssekretärs und Präfekten der apostolischen Paläste, auf den bekanntlich die gesammten finanziellen Funktionen der apostolischen Kammer und die Verwaltung des Peterspfennigs übergegangen sind, war diese neue Sparmaßregel vielleicht schon beschlossen, als die Meuterei der Betreffenden den Anlaß zu ihrer Durchführung gab. Die Schweizergarde waren unter sämtlichen Kategorien der Angestellten des Bataillans ungebührlich zurückgestellt. Man hatte ihnen weder die bei früheren Kontakten den üblichen Gehaltszulagen im Betrage von einer dreifachen Monatsgage gegeben, was den übrigen Beamten bewilligt worden war, noch sich zu einer Erhöhung des täglichen Soldes verstanden, der für den Gemeinen anderthalb Bre - etwa fünfzehn Groschen — täglich beträgt, womit er seine Lebensbedürfnisse und seine bürgerliche Kleidung sich zu beschaffen hatte, wollte er anders nicht als Hanswurst durch den Börge gehen. Der Sohn der empörten Schweizer muß sehr groß gewesen sein, da bei der zweiten Meuterei vorgestern der Oberstleutnant v. Sonnenberg vor den geklügten Waffen seiner Untergebenen hinter Schloss und Riegel gerettet werden mußte. Se. Heiligkeit hätte hier Gelegenheit gehabt, seine Souveränität durch einige standrechtliche Erstürmungen zu bewahren. Indessen ist die Sache insofern gütlich abgemacht worden, als vierzig der Schweizerjünglinge sich dazu verstanden haben, mit der Löhnung eines Monats und dem nötigen Reisegeld ihre heimatliche Thaler wieder aufzusuchen. So höre ich wenigstens von einer Seite her, die mir zuverlässig erscheint. In diesen Zeiten wird die Sache in sehr verschiedener Weise dargestellt. So viel ist gewiß, daß die Gährung unter diesen Garden schon von den letzten Monaten des früheren Papstes her datirt.

## Däne mark.

**Kopenhagen**, 10. März. Die große Neuigkeit des Tages ist, daß die vereinigte Linke als solche aufgehört hat zu existiren. Die Fraktion der Intransigenten, zwanzig Mitglieder, mit Berg als Führer, hat sich von jener Partei ganz abgelöst, und diese selbst, die noch aus einigen und fünfzig Mitgliedern besteht, kann kaum mehr als eine Oppositionspartei angesehen werden, sondern ist eher eine Mittelpartei, welche nicht primärlich der Regierung Schwierigkeiten in den Weg legt. Die erste Furcht dieser neuen Kombination wird die sein, daß das Folkething in diesem Jahre ein für das Ministerium annehmbares Budget votirt. Noch bei der zweiten Lesung des Finanzaufgesetzes waren die Aussichten für dasselbe sehr trübe. Die bekannten Differenzen wurden von der Opposition allerdings nicht mehr mit voller Schärfe aufrecht erhalten, allein man ließ sie doch bestehen und hatte nur eine Form gewählt, die nicht so viel Ansprüche für das Ministerium enthielt. Man hatte nachgegeben, aber nur in Nebendingen und verlangte jetzt, daß das Ministerium dies in der Haupfsache thun solle. Dann aber, und das war der wichtigste Punkt, hatte die Opposition alle Summen gestrichen, welche der Kriegs- und Marineminister zur Erhaltung und Entwicklung der Wehrkraft des Landes gefordert hatte. Jetzt hat man sich bei den früheren Differenzen noch nachgiebiger gemacht und der Finanzaufschuß schlägt vor, daß die meisten der auf dem außerordentlichen Budget des Krieges und der Marine geforderten Summen bewilligt werden. Noch vor der zweiten Lesung standen in fast allen Punkten die elf Mitglieder der Linken, die im Finanzaufschuß saßen, fest zusammenhaltend, den vier regierungstreuen Mitgliedern derselben gegenüber; jetzt ist im Finanzaufschuß eine Majorität da, welche außer jenen noch acht gemäßigte Mitglieder der früheren Linken enthält, und eine Minorität, die nur aus drei Radikalen besteht. In diesem Verhältnis dürften auch die Abstimmungen des Folkething ausfallen. Die wichtigsten Einräumungen, welche dem Kriegsminister gewährt sind, bestehen darin, daß man ihm das Geld zur Aufführung von Hinterladungsgewehren und Torpedomaterial, sowie zur Verstärkung der Seebefestigung Kopenhagens bewilligen will. Dahingegen ist vom Finanzaufschuß keine Bestimmung über die Forderung einer halben Million zum Ankauf schwerer Geschütze, welche der Kriegsminister für die Seeforts haben wollte, getroffen. Dem Marineminister will man auch das von ihm begehrte Torpedomaterial geben, wogegen der Finanzaufschuß nicht die Bewilligung der Summen vorschlagen will — es handelt sich hier um 1½ Millionen Mark — welche für den Beginn des Baues eines großen Panzerschiffes und eines gepanzerten Kanonenbootes gefordert sind, sondern er will nur circa 200,000 Mk. zum Beginn eines ungepanzerten Kanonenbootes oder eines mit einer 35-Zentimeter-Kanone armierten Torpedoboots, welche der Minister gar nicht zu bauen beabsichtigt, demselben zur Verfügung stellen. Das sind gewiß sehr wunderbare Zustände, die dadurch noch an Sonderauschüsse, um des lieben Friedens willen, mit solchen Vorschlägen einverstanden sind, und daß man dieselben als eine große Erkrankung ansieht. Allein es ist noch zu konstatiren, daß ein Fortschritt zur Aufführung vernünftiger Verhältnisse jetzt gemacht ist, und zwar wesentlich dadurch, daß die Rechte zur Erkenntnis gelommen ist, daß es zu nichts führen kann, wenn die Regierung jeden Versuch der Linken, bei der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten einzigen Einfluss zu-

die Malaria. Seit einigen Wochen lag Frau Hopfen schwer krank im Quirinal Hotel, einer ihrer letzten Ausgänge war seltsamer Weise der zur Besichtigung der in Parade aufgestellten Reihe Viktor Emanuels gewesen, der ebenfalls an derselben Krankheit, an der in Typhus ausgetretenen Malaria gestorben ist. Hans Hopfen war ungefähr elf Jahre mit seiner schönen Gattin verheirathet. Sie war die Tochter des Sektionschefs im österreichischen Ministerium des Innern, Herrn v. Wehl. Die Liebe und die Heirath des Romanschafflers war selbst ein Roman — wider den Willen der Eltern, der Mutter zumal, heirathete das schöne reiche Mädchen den damals jungen und verhältnismäßig noch wenig bekannten Schriftsteller, der nur durch seine frischen Lieder in dem von Paul Heyse herausgegebenen „Münchener Dichterbuch“ die Aufmerksamkeit der literarischen Welt auf sich gelenkt hatte. Die Verstorbene verließ Haus und Eltern und folgte ihrem Manne — die Eltern hatten sich inzwischen längst mit der Wahl der geliebten Tochter ausgeöhnt und der Sektionschef v. Wehl war ein häufiger Gast in Berlin bei seinen Kindern und Enkeln. An ihrem Gatten ging die Verstorbene mit geradezu schwärmerischer Liebe und von seinem Beruf und seiner Bedeutung als Schriftsteller war sie so erfüllt, wie man es selbst bei der Gattin eines Dichters selten findet. Den berliner gesellschaftlichen Kreisen ist der schöne Kopf der nun Verstorbenen aus den „ersten“ Vorstellungen der Theater her bekannt und wer ihn nicht von dort her kannte, der hat die meisterhaft von Begas gemeisterte Büste der nun Verstorbenen auf der letzten Kunstausstellung in dem quadratischen Oberlichtsaal gesehen.

\* **Falsche Voranschreibungen.** Ein Arzt empfängt in den Sprechzimmern einen Patienten, welcher über schlechte Verdauung klagt und Mittel zur Abhilfe fordert. Nach einem kurzen Verhör bemerkt der Doktor: „Ich sehe schon, was Ihnen fehlt; Sie müssen sich körperliche Bewegung machen, müssen viel spazieren gehen. Aber am Ende gestattet Ihnen das Ihr Beruf nicht? Welches Geschäft betreiben Sie?“ Der Patient antwortet mit trüber Miene: „Die letzten 25 Jahre war ich — Briefträger.“

über, vornehm zurückweist. Wenn wir jetzt ein anderes Ministerium erhalten könnten, welches theils aus der Mittelpartei, theils aus der Rechten gebildet würde — die Elemente dazu wären vorhanden — so wäre gegrünzte Hoffnung, daß wir zu ganz normalen Verhältnissen zurückkehren könnten. Das jetzige Ministerium ist aber ein absolutes Hindernis darst.

## Frankreich.

Paris, 10. März. Der neue, vom Kriegsminister dem Senat vorgelegte Entwurf über den Generalstab lautet:

Art. 1. Das auf Grund der Ordonnanz vom 6. Mai 1818 gebildete besondere Generalstabs-Corps ist aufgehoben. Der Dienst des Generalstabes wird wahrgenommen: 1.) durch ein Personal von Offizieren aller Waffengattungen, die ein Generalstabs-Patent besitzen und zeitweilig in diesem Dienst verwandt werden sind; 2) durch ein Personal von Archivaren und Sekretären des Generalstabshauptamtes. Art. 2. Der Generalstabs-Dienst hat den Zweck, das Kommando in der Ausführung seiner Obliegenheiten zu unterstützen und die Übertragung seiner Befehle zu sichern. Art. 3. Das Personal der Generalstabs-Offiziere ist in zwei Sektionen eingeteilt: in die eigentliche militärische und in die geographische Sektion. Die militärische Sektion begreift in sich die im Generalstabsdienst verwandten Offiziere aller Grade und aller Waffengattungen. Diese Offiziere sind außerhalb der Abdes. Die geographische Sektion besteht aus den Officiers ingénieurs géographes. Diese Offiziere werden eine besondere Abteilung bilden, deren Einrichtung durch ein Dekret geregelt wird. Art. 4. Auf Friedensfuß besteht das Personal der Offiziere in der militärischen Sektion aus 320 Offizieren, nämlich 30 Obersten, 40 Oberst-Lieutenants, 125 Majors, 125 Hauptleuten; in der geographischen Sektion aus 30 Offizieren, nämlich 2 Obersten, 2 Oberst-Lieutenants, 8 Majors, 18 Hauptleuten. Der Minister bestimmt den Effektivbestand des Personals der Generalstabs-Offiziere auf Friedensfuß. Art. 5. Die durch den Artikel 28 des Gesetzes vom 13. März 1875 eingerichtete Ober-Militärschule erhält den Namen Ober-Kriegsschule. Sie ist dazu bestimmt, militärische Kenntnisse in der Armee zu verbreiten und den Offizieren aller Waffengattungen das Erlangen des Generalstabs-Patents zu erleichtern. Art. 6. Das Generalstabs-Patent wird den höheren Offizieren und den Hauptleuten aller Waffengattungen so wie den aus der Kriegsschule hervorgehenden Offizieren nach einer Prüfung bewilligt, deren Programm von dem Kriegsminister aufgestellt wird. Die patentirten Offiziere stehen zu jeder Zeit für den Generalstabsdienst zur Verfügung des Kriegsministers. Art. 7. Die im Generalstabsdienst nicht verwandten patentirten Offiziere bilden die Reserve des Personals dieses Dienstes. Dienjungen unter ihnen, welche Lieutenants oder Hauptleute sind, können schon in Friedenszeiten einem Generalstab beigegeben werden oder die Obliegenheiten des Brigade-Majors versehen. Ihre Zahl übersteigt nicht 250. Art. 8. Das durch Artikel 1 des vorliegenden Gesetzes errichtete Personal des Generalstabs-Bureaus ist unter der Leitung der Generalstabs-Offiziere mit dem Dienst des Bureaus und der Erhaltung der Archive betraut. Dieses Personal begreift in sich: 1) die erste Abteilung der Sektion der Schreiber des Generalstabes und der Recrutierung, welche von dem Gesetz vom 13. März 1845 betreffs der Armeefabrik errichtet wurde; 2) "officiers archivistes" der Generalstabs-Bureaus, bestehend aus 8 Archivar-Majors, aus 31 Archivar-Hauptleuten erster Klasse, aus 31 Archivar-Hauptleuten zweiter Klasse, aus 57 Archivar-Lieutenants und aus 57 Archivar-Unterlieutenants. Art. 9 enthält vorübergehende Bestimmungen.

Der Minister des Innern hat die Absicht, den europäischen Güten bei Gelegenheit der Ausstellung einen Einblick in den Fortschritt der inneren Verwaltung zu geben: in den zahlreichen Einrichtungen des Armenwesens, der gegenseitigen Unterstützungs- und Sparlassen, des Gefängniswesens u. s. w. Herr de Marcère hat ein Rundschreiben an die Präfekten gerichtet, worin er ihre Aufmerksamkeit besonders auf diese Anstalten lenkt und Aufforderungen, Gutachten u. s. w. verlangt. Diese Darlegungen sollen dann zu Verbesserungen benutzt werden. Die République Française nimmt von diesem Rundschreiben Veranlassung die Regierung aufzufordern, das so gewonnene Material dem wissenschaftlichen Kongress der Hilfsklassen vorzulegen. Dieser Kongress wird am 1. Juni in Paris eröffnet, und es haben bereits die namhaftesten Gelehrten und Verwalter Europas und Amerikas zugesagt, um allgemeine vergleichende Studien aller bestehenden Spar-, Hilfs-, Invalidenklassen, Volksbanken, Kooperativ-Vereine u. c. vorzunehmen. In Betreff der Beteiligung Deutschlands an der Ausstellung der schönen Künste schreibt der "Gaulois":

Im Berfolg der Note des "Journal officiel" hat der General-Kommissär der Weltausstellung gestern dem Fürsten Hohenlohe die Pläne der Lofale mitgetheilt, welche den Sendungen aus Deutschland angewiesen sind. Wie wir hören, sollen sie einen sehr beträchtlichen Umfang haben."

Die "Défense" bemerkt zu der Note:

Wir wünschen zu wissen, wie viel dieser Gefälligkeit des Herrn von Bismarck dem Stolz, der Würde und vielleicht den Interessen Frankreichs gelöst hat. Wir wollen wissen, um welchen Preis Herr von Saint-Vallier diesen... Erfolg errungen hat. Wir wissen nicht umhin, diesem hölzernen Pferde zu mißtrauen, daß Herr v. Saint-Vallier in unsere Mauern gebracht hat."

Die meisten Organe der Rechten treten, wenn auch in durchschnittlich maßvoller Ausdrücken, dieser Auffassung bei.

## Türkei und Donaufürstenthümer.

Wie weit es mit den Bemühungen Englands um das Programm für die Konferenz gediehen ist, darüber fehlen uns weitere Angaben. Die "Times" plaudert dafür, daß der Vorschlag Englands, die griechischen Interessen auf dem Kongresse zu vertreten, durchgeführt werde, und bezeichnet ein derartiges Vorgehen Englands als patriotisch und weise. Wenn die kleineren Staaten unmittelbar mitspielen wollten, so würde der Kongress ein ganz neues Aussehen erhalten, nicht zu seinem Vortheil. Noch ist zwar nicht genau bekannt, welche Staaten vertreten sein werden, aber nach den bisherigen Darstellungen durfte man annehmen, daß bloß die sechs Signaturmächte von 1856 gemeint seien; es scheint sogar wahrscheinlich, daß die Pforte nicht vertreten sein werde. Jetzt schreibt freilich die wiener "Presse", die Pforte werde wohl auf dem Kongress erscheinen.

Aus Bukarest, 8. März, schreibt man der "Pol. Corr.":

Die neuesten militärischen Dispositionen der rumänischen Regierung sind folgende: 1. Die Division Anghelescu bleibt in Turnu Severin, woselbst sie bereits eingerichtet ist; 2. die Division Cserler ist nach Craiova dislocirt; 3. die Division Nakoviza bleibt in Bukarest; 4. die Division Lecca, die jetzt Widdin, Belgradsch und Salafat hält, wird nach der, schon dieser Tage ganz sicher erfolgenden Übergabe der erstgedachten zwei bulgarischen Orte an die Russen, nach Bilești dislocirt. Die rumänische Armee wird durch diese Aufführung die strategische Linie Bukarest-Berciorova okupiren. Es kann als bestimmt gemeldet werden, daß Russland nach allen seinen bisherigen Dispositionen binnen 14 Tagen ein Armeecorps von 100.000 Mann in Rumänien aufgestellt haben wird, welches längere Zeit hier im Lande zu stationiren die Bestimmung hat.

Der "N. A. Ztg." aus Larissa vorliegende authentische Berichte

lässt leider keinen Zweifel darüber, daß die irregulären Albanesen und Gegs in Thessalien den Kampf gegen die dortige Bevölkerung in einer die Türkei auf höchste kompromittirende Weise führen. Selbst die Bürgerwehr von Larissa, welche im vorigen Monat einen Munitions-Transport nach Scharsalia zu begleiten hatte, bat sich in der dortigen Gegend alle erdenklichen Ausschreitungen gestattet. Die Unfähigkeit der Behörden, gegen die Exesse einzutreten und etwa ergiffene Schuldige zu bestrafen, ermächtigt nur zu weiteren Schändthaten. Die Albanesen zündeten die Dörfer einfach an, um unter dem Schutz der dadurch entstandenen Verwirrung ruhig plündern zu können. Bei Karditsa wurden durch Osman Bey, den Aga dieses Ortes, drei Bauern aus Sofades, die friedlich ihr Vieh trieben, niedergeschossen und die noch lebenden Verwundeten enthaupitet. Mit den Köpfen der Unglücklichen auf ihren Waffen zogen Osman Bey und seine Begleiter wieder in Karditsa ein; die christliche Bevölkerung fürchtet allgemein, daß sie das Los der Bulgaren zu teilen haben werde und einem allgemeinen Massacre entgegnehe.

## Deutscher Anwaltstag.

Frankfurt a. M., 10. März. Vorgestern wurde hier der 6. deutsches Anwaltstag eröffnet. Wir nehmen dem "Fr. J." über die Verhandlungen Folgendes: Zum Vorsitzenden wurde Dr. Friedeben-Frankfurt, zu dessen Stellvertreter Justiz-Rath Martin Danzig gewählt. Nachdem der Kassenbericht erledigt, der bisherige Vorstand wiedergewählt und in Stelle des verstorbenen Herrn Niedermeyer-Herr Henle-Ansbach in demselben gewählt war, trat die Versammlung in die Beratung der deutschen Anwaltssordnung, über welche Justiz-Rath Bohlmann in Berlin referierte. § 1. ("Zur Rechts-Anwaltshaft kann nur zugelassen werden, wer die Fähigkeit zum Richter-Amt erlangt hat") wurde akzeptiert. Zu § 2 wurde beschlossen: "Wer die Fähigkeit zum Richter-Amt in einem Bundesstaat erlangt, muß in jedem Bundesstaat zur Rechts-Anwaltshaft zugelassen werden." § 3 der Vorlage wurde dahin abgeändert, daß derselbe lautet: "Die Zulassung erfolgt auf Antrag durch die Landes-Justiz-Beratung." Der § 4 handelt über die Verfassung der Zulassung zur Rechts-Anwaltshaft; dieselbe soll erfolgen in Folge strafgerichtlichen Urteils. Dr. Geiger wies darauf hin, daß auch Straf-Urtheile in politischen Angelegenheiten ergingen; es lasse sich nicht rechtzeitig, wegen einer solchen Bestrafung den Anwalt seiner Stellung für verlustig zu erklären; er beantragte deshalb die Streichung dieses Passus. Der Geiger'sche Antrag wurde zwar in erforderlicher Anzahl unterstützt, doch ohne eigentliche Debatte bestätigt. § 5, welcher besagt, daß, wer die zum Richteramt befähigende Prüfung bestanden hat, bei den Gerichten des Bundesstaates, in welchem die Prüfung bestanden wurde, zur Rechts-Anwaltshaft zugelassen werden müsse, wurde gestrichen. Der § 6 soll wegen des vorerwähnten Beschlusses einer rechtlichen Änderung unterzogen werden. Der § 7 handelt von der Zulassung bei einem bestimmten Gericht. Referent Bohlmann bemerkte hierzu, daß die Vorlage, wie sie jetzt darstelle, den Sprengel des Anwalts sehr beschränke und auf ein Minimum herunterdrücke. Die Bestimmungen der Regierung-Proposition schlossen die Möglichkeit einer Begünstigung nicht aus, wodurch die Unabhängigkeit des Anwalts gefährdet werde. Das Lokalisierung-Prinzip gebe zu weit, wenn man den Anwalt an einem Orte, wo sich verschiedene Gerichte befinden, nur an einem bestimmten Gerichte zulassen wollte. Die Zulassung müsse bei einem bestimmten Ober-Landesgerichte oder Landgerichte erfolgen. Der bei einem Landgerichte angestellte Anwalt soll zugleich zur Praxis bei sämtlichen diesem Landgerichte untergehen Amtsgerichten und Kammer für Handels-Sachen berechtigt sein. Nach langerer Debatte wurde folgende Fassung angenommen: "Die Zulassung erfolgt bei einem bestimmten Oberlandesgerichte, § 9, der davon handelt, daßemand fünf Jahre Rechtsanwalt gewesen sein muß, wenn er eine Berufung beantragen will, wurde gestrichen. § 10 fiel in Folge früherer Beschlüsse. § 11 bezeichnete Referent als den berühmten "Sperr-Paragrafen". Derselbe besagt: Die Zulassung könne, so lange bei einem oder bei mehreren Gerichten die zugelassenen Rechts-Anwälte zur ordnungsmäßigen Erledigung der Anwalts-Prozesse nicht ausreichen, bei anderen Gerichten desselben Bundesstaates versagt werden. Nach der Ansicht des Referenten erhält dieser Paragraph eine große Härte gegen Einzelne; außerdem bekomme die Justizverwaltung eine Waffe in die Hände, die in politisch schwierigen Zeiten vielleicht eine Handhabe werden könnte zu Magazinieren, wie man sie nicht wünschen könnte. Rechtsanwalt Hanke beantragte Schluß der Debatte, weil er glaube, daß, wenn in einem Falle Einstimmigkeit eintrete, müsse, es ohne Debatte zu geschehen habe. Einstimmig wurde der Schluß der Debatte angenommen, und hierauf die Streichung mit allen gegen eine Stimme beschlossen. § 12 gibt die Bestimmungen darüber, wann die Zulassung bei einem Gerichte verfagt werden kann. Dasselbe soll geschehen, wenn ein Antragsteller in gerader Linie mit dem Richter verwandt oder verschwägert ist; oder wenn nach dem Gutachten des Vorstandes der Anwaltssammer durch die Zulassung des Antragstellers die geübliche Ausübung der Rechtsplege gefürchtet würde. Aus denselben Gründen wie vorhin wurde auch hier die Streichung beschlossen. Der § 16 handelt vom Domizilzwang: vorgeschlagen war, daß der Rechtsanwalt an dem Orte des Gerichtes, bei welchem er zugelassen ist, seinen Wohnsitz nehmen müsse. Verschiedene Redner betonten das Recht der Freiheit für den Anwalt, in einem Ober-Landesgerichtsbezirk wohnen zu dürfen, wo er wolle; man solle sich keine Fesseln anlegen. Der Besluß lautet: "Der Rechtsanwalt muß innerhalb des Bezirks des Ober-Landesgerichts, bei welchem er zugelassen ist, seinen Wohnsitz nehmen"; § 17–24 wurden angenommen. § 25 weist den Rechtsanwalt an, sich nicht ohne Genehmigung über eine Woche hinaus von seinem Wohnsitz zu entfernen, ohne für seine Stellvertretung Sorge getragen zu haben. Diese Stellvertretung soll jedoch ohne Genehmigung der Landes-Justiz-Beratung den Zeitraum von drei Monaten nicht überschreiten. Der Genehmigung bedarf es nicht zum Eintritt in eine deutsche gesetzgebende Versammlung. Es tauchten in dieser Beziehung verschiedene Ansichten auf. Nach langerer Debatte wurde die Streichung dieses § mit großer Majorität beschlossen. § 26 besagt, daß, wenn ein Anwalt einen Antrag nicht annimmt, er die Ablehnung ohne Berzug zu erklären habe, widrigens soll er den durch die Verjährung erwachsenen Schaden zu erzeigen habe. Die Versammlung stieß diesen Paragraphen, weil sich der Anwalt dadurch nur Chikanen der Parteien auslegen würde. Zu § 28, der von der Gebührenordnung handelt, wurde beschlossen: "Das Gebührenwesen für die Rechtsanwälte wird durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt. Der eigenen Partei gegenüber kann der Anwalt neben den tarifmäßigen Gebühren ein Honorar liquidieren, dessen Höhe im Bestreitungs-falle der Festlegung des Vorstandes der Anwaltssammer unterliegt." Die §§ 29–31 und 33–36 wurden nicht beanstandet, § 32 gestrichen. – Der dritte und vierte Abschnitt der Vorlage: Anwaltssammern und ehrengerichtliches Verfahren wurde auf heute vertagt, dagegen der fünfte Abschnitt: Rechtsanwaltshaft bei dem Reichsgericht, noch in Beratung gegegangen. Hierbei werden die §§ 95 (die Zulassung der Rechtsanwaltshaft bei dem Reichsgericht erfolgt durch den Reichstag nach freiem Ermessen. Referent beantragte, die Worte „nach freiem Ermessen“), § 96 (die bei dem Reichsgericht zugelassenen Rechtsanwälte dürfen bei einem anderen Gerichte nicht auftreten) und § 97 gestrichen, die übrigen §§ nicht beanstandet. – Damit schloß die erste Sitzung.

welcher nach Breslau, und des Ober-Postamts Schulz, welcher nach Liegnitz verlegt ist, am 25. d. Mts. ein gemeinschaftliches Abendessen der bessigen Postbeamten und anderer Herren, die den Scheiden den näher lieben, stattfindet.

Der Handelsminister hat der Handelskammer hier selbst Mitteilung über Preisaufgaben und Honorarausschreibungen des Vereins zur Förderung des Gewerbeslebens zugeben lassen. Es sind zur Zeit folgende Preisaufgaben zu lösen:

- 1) Herstellung einer undurchsichtigen rothen Emalze. (Silberne Denkmünze und 900 Mt.)
- 2) Herstellung eines Eisgrittels für Kaufhaus. (Goldene Denkmünze und 3000 Mt.)
- 3) Herstellung eines Eisgrittels für Kupferdraht. (Goldene Denkmünze und 3000 Mt., Preis weitere 3000 Mt.)
- 4) Herstellung der besten Reihe von Eisenmanag-Legirungen. (Preis 2000 Mt.)
- 5) Ermittelung einer Methode zur Umwandlung von Rohdiamverbindungen in Cyanverbindungen. (Silberne Denkmünze und 1000 Mt.)
- 6) Ermittelung einer Methode zur Bestimmung des Glucers im Bier. (Preis 3000 Mt.)
- 7) Ermittelung der Druck- und Zugfestigkeit des erhitzen Eisens. (Preis von 2400 und 1200 Mt.)
- 8) Untersuchung von Aulinschwarz. (Silberne Denkmünze und 1200 Mt.)
- 9) Nachweis der Möglichkeit, die hochsiedenden Teile des Braunkohlenhears vermittelst eines technisch ausführbaren Verfahrens in solche Koblenz-wasserstoffe überzuführen, welche als Grundlage der Antik- und Altarinfarbenfabrikation dienen. (Preis 1500 Mt.)
- 10) Kritische Abhandlung über die Gangvorrichtungen an Bergwerksförderungen. (Preis 2000 Mt.)
- 11) Angabe einer Masse für Abgüsse von Kunstwerken, welche die Vortheile des Gipses und außerdem hinreichende Widerstandsfähigkeit besitzt, um die Abgüsse zu befähigen, periodisch wiederkehrende Reinigungen ohne vorhergegangene Behandlung zu ertragen. (Preis 10,000 Mt.)

Die genauerer Bedingungen für die Lösung der Aufgaben, sowie die Fristen zur Einreichung der Arbeiten sind in einer Zusammensetzung enthalten, von der ein Exemplar in der Registratur der Handelskammer (Markt im Bürogebäude eine Treppe hoch) zur Kenntnahme der beteiligten Kreise während der nächsten acht Tage in der Zeit von 11–1 Uhr Mittags ausliegen wird.

r. Polizeipräsident Stadt ist nach der Vertagung des Reichstages heute Nachmittag von Berlin hierher zurückgekehrt.

— Personalveränderungen in der Armee. v. Rath, Major a. D., zieht im 5. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 48 mit der Erlaubnis zum fernernen Tragen der Uniform des gedachten Regts. zur Dissoz gestellt. Kluge, Konterrat. Geh. Registrator vom Kriegsministerium, zum 1. April d. J. auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt. Laub, Garn.-Auditeur, vorläufig die 2. Div.-Auditeurskelle der 4. Div. übertragen.

— Probst Sieg in Orléans, der heissporige Redner der Provinzial-Volksversammlung, welche in Folge seiner Rede aufgelöst wurde, hat, wie dem "Kurier Bonn" mitgetheilt wird, gegen die in der Versammlung anwesend gewesenen Polizeibeamten wegen Verhinderung der Redefreiheit einen Prozeß angestrengt (wytoczyi proces). Er begründet seine Klage (skarga) damit, daß er leineswegs zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, sondern zur Ausdauer ermahnt habe, der Protest gegen ein Gesetz und die Kritik müßte jedem frei stehen. Ob der Probst oder der "Kurier" nicht weiß, daß es keine (Privat-) Klage wegen Beleidigung der Redefreiheit giebt, sondern nur Beschwerden oder Strafanträge, ist nebensächlich, jedenfalls entspricht diese Unkenntnis vollständig dem Verhalten der polnischen Fraktion im Reichstage, die sich der Abstimmung entzieht, wenn es sich um deutsche Behörden handelt, weil dies eine innere Angelegenheit der Deutschen sei, um welche sich ein echter Pole, auch wenn er deutscher Bürger ist, nicht zu kümmern habe.

r. In der Stadtverordnetenversammlung am 13. d. M. waren 31 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch den Bürgermeister Hesse, die Stadträthe Annah, v. Bleibowski, Grüder, Kommerzienrat L. Jaffe, Kommerzienrat S. Jaffe, Kaatz, Dr. Loppe, Rump vertreten. Die Sitzung wurde 4½ Uhr Nachmittags eröffnet. Zugleich machte der stellvertretende Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat B. Jaffe, welcher die Versammlung leitete, einige geschäftliche Mitteilungen. Danach hat Sanitätsrat Dr. Samter der von ihm gegründeten Biatum-Stiftung für die aus dem Hospital entlassenen Genesenden noch ferner 300 M. geschenkt. In einem Anschreiben an den Magistrat ladet der Herr Oberpräsident die beiden städtischen Körperschaften zu dem Heilgottesdienst ein, der am Geburtstage des Kaisers in der St. Paulikirche stattfinden wird. — Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetragen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl für die neu freie besetzte Stadtrathskelle. Nachdem die Versammlung auf Antrag des Kaufmanns Sal. Böwinkel zu einer Besprechung auf kurze Zeit zurückgezogen, beantragt Justizrat F. d. U. die Beratung der Wahl, da es sich um die Besetzung eines sehr wichtigen Postens handle. Nachdem noch Rechtsanwalt Dr. Galler gegen, Dr. Wagners für den Antrag geworden, da die Antrüthen noch nicht gebrüderlich gelläuft und eine große Berücksichtigung der Stimmen zu befürchten sei, wird die Beratung mit 18 gegen 13 Stimmen beschlossen. Außerdem beantragt die Versammlung auf Antrag des Rechtsanwalts M. K. die für diese Angelegenheit gewählte Kommission, die Sache nochmals zu beraten und über die weitere Behandlung der Angelegenheit der Versammlung Vorschläge zu machen.

Für die Kosten der örtlichen Polizei wird pro 1877/78 10000 M. angesetzt, werden nach einem Anschreiben des Magistrats 4914 M. mehr erforderlich sein, deren Bewilligung aus dem Extraordinarium vom Magistrat beantragt wird. Nachdem Kaufmann Sal. Böwinkel im Namen der Finanzkommission diesen Antrag befürwortet hat, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Neben einer Notizenbeantwortung zur Real-Scuol-Rechnung pro 1877/78 berichtet Rechtsanwalt Mühl, und ist damit diese Angelegenheit erledigt.

Bei Tit. II. Nr. 5 des Haupt-Armen-Etats pro 1877/78 (Pflegesegelder für verlassene Kinder) werden 3100 M. mehr erforderlich sein, deren Bewilligung der Magistrat beantragt. Nachdem Kaufmann Salomon Böwinkel diesen Antrag im Namen der Finanz-Kommission befürwortet hat, wird derselbe angenommen.

Neben die Verwaltung der auf der Friedrichstraße gelegenen Brodverkaufstellen pro 1878/79 berichtet Kaufmann Böwinkel. Es sind in dem öffentlichen Termine von dem 24. Berkaufsstellen nur auf 7 verschlossene und 5 offene Gebote abgegeben worden. Referent befürwortet die vom Magistrat beantragte Ertheilung des Beschlages, mit der Maßgabe, daß über die unverpackten gebliebenen Stellen die erforderliche Kontrolle geübt werde. Dieser Antrag wird angenommen.

Es wird hierauf in der Beratung über die städtischen Etats pro 1877/78, welche bereits in der vorigen Sitzung begonnen hatte, fortgesetzt.

Der Etat für die Fortbildungsschule, über welchen Rechtsanwalt Mühl berichtet, wird gemäß dem Magistratsantrag angenommen, und balancirt danach in Einnahme und Ausgabe mit 2856 M.

Neben die Feststellung des Etats für die Bürgerschule berichtet Buchhändler Türl. Eine längere Debatte entwickelt sich über die von dem Magistrat beantragte Erhöhung des Schulgeldes von jährlich 12 auf 18 Mark. Die Kommission, in deren Namen Buchhändler Türl berichtet, ist für Ablehnung dieses Antrages, der Referent selbst spricht sich für

werden, oder eine Mittelschule zweiter Ordnung. Der Magistrat bestätigt das Regtire, die Erhöhung des Schulgeldes sei der erste Schritt dazu. Kaufmann Sal. Löwinsohn findet eine Erhöhung des Schulgeldes erst dann berechtigt, wenn die Bürgerische höhere Leistungen als die Stadtschulen aufweise. Rechtsanwalt Müller erklärt, daß wenn die Kommission mit einer Stimme Majorität die Erhöhung abgelehnt habe, dies nur geschehen sei, um den Vorschlägen des Stadtschulrathes, dessen Antritt man am 1. April hoffte, nicht zu vorausjüdigen. Trotzdem die Wahl jetzt hinausgeschoben sei, wolle er heut nicht dem Antrag auf Erhöhung beitreten. Dr. Wagner findet eine Erhöhung gerechtfertigt. Der große Andrang, welcher zu dieser Schule stattfindet (1000 Schüler und Schülerinnen) beweise, daß die Eltern in dieser Schule gewisse Vortheile oder besondere Leistungen finden, für welche auch entsprechende Gebühren entrichtet werden müssen. Wem 18 Mark zu viel sind, oder wer meint, daß die besonderen Leistungen der Schule den Gebühren nicht entsprechen, kann seine Kinder in unsere Freischulen, welche nicht überfüllt sind und allen Bürgern offen stehen, oder auch in die Mittelschule schicken. Bei der Abstimmung wird die Erhöhung des Schulgeldes auf 18 Mark angenommen.

Über die Feststellung des Staats für die Realschule berichtet Rechtsanwalt Müller. Gegen das Vorjahr ist der Aufschuß aus der Kämmererei wiederum zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die ungünstigen Erwerbsverhältnisse hat der Magistrat von einer Erhöhung des Schulgeldes Abstand genommen, während bekanntlich in den königlichen Gymnasien vom 1. April d. J. ab ein höheres Schulgeld eintritt. Das Gehalt des Bedells wird von 810 auf 900 Mark erhöht, für Mehrstunden und Stellvertretungen werden 300 Mark, für Turnstunden 450 Mark ausgezehzt. Für die sieben ordentliche Lehrerstelle, die gegenwärtig unbefestigt ist, und bisher mit 2100 Mark (excl. Wohnungsgeldzuschuß) eitaltr war, werden 150 Mark mehr ausgezehzt, mit der Maßgabe, daß diese Stelle mit einem der englischen Sprache mächtigen Lehrer besetzt werde.

Der Etat für die Haupt-Armenvorwaltung, über welchen Auktionskommisarius Manheimer berichtet, wird in Einnahme und Ausgabe auf 66,490 Mark (gegen 65,928 Mark pro 1877/78) festgesetzt. Der Kämmererkassen-Zufuß hat sich um 185 Mark vermindert. — Der Krankenhaus-Etat, über welchen gleichfalls Herr Manheimer berichtet, balanciert danach in Einnahme und Ausgabe mit 62,853 Mark (gegen 61,163 Mark pro 1877/78). Bei dieser Gelegenheit berichtet Kaufmann Sal. Löwinsohn über die Lieferungen von Konsumtibitn für die städtischen Anstalten. Es wird danach der Zuschlag ertheilt: für Backwaren — Bäckermeister Frost; für Fleisch — Fleischermeister Hirsch; für Kolonialwaren — Kaufmann M. Reich; für Vorlostwaren — L. Peyer Söhne; für Salz — Kaufmann Adolf Asch; für Butter — Wittwe Wiener; für Milch — Gustav Adam; für Bier — Kaufmann Blumenthal; für Stroh — Kaufmann Blumenthal; für Detonomie-Bedürfnisse — Kaufmann Krug u. Fabricius. — Über den Hospital-Etat berichtet gleichfalls Auktions-Kommisarius Manheimer; und wird danach dieser Etat in Einnahme und Ausgabe auf 19,500 Mark festgesetzt.

Die Sitzung erreichte gegen 7 Uhr Abends ihr Ende. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung wurden bis zur nächsten Sitzung vertagt.

× Königin Luisen-Verein. Nach § 1 des Statuts des Königin-Luisen-Vereins hat dieser den Zweck, begabten, unbeherrschten Kindern beiderlei Geschlechts aus dem Volks- und Mittelschulen der Provinz Posen ohne Unterdrückung des religiösen Bekenntnisses bis zu ihrer Selbstständigkeit in einem ihren Fähigkeiten entsprechenden Berufe Beifall zu gewähren. Der Vorstand des genannten Vereins hat demgemäß in der zum Gedächtnis der hochseligen Königin Luise am Vorabend ihres Geburtstages abgehaltenen Sitzung an 10 solche Kinder resp. junge Leute für 1 Jahr Stipendien bewilligt und zwar vom 1. April d. J. ab: an den Schüler Karl Jakob auf Antrag des Rector Scheffler hier selbst, an die Schulamtspräparanden resp. Schüler Eduard Kurzisz zu Lissa, Albin Piattkowski zu Jawornic und Anton Zielinski zu Nalwitz auf den Vorschlag des Kreischausseiposten Leobsburg zu Wollstein, an die Schülerin Elisabeth Kazinska zu Tremeszen auf den Antrag des Rectors Dr. Sarg dafelbst, an den Seminaristen Oswald Hoffmann zu Kommin und die Mittelschülerin Rosa Lindermann auf die Befürwortung des Rectors Gerde hier selbst, an den Mittelschüler Johann Stefanek auf den Vorschlag des Kaufmann Solowicz sem. hier selbst, an die Seminaristin Marie und Martha Krüger hier selbst auf den Vorschlag der Direktion der königl. Luisenschule. Von den 10 Stipendiaten, welche sich sämlich dem Lehrfache widmen wollen, befinden sich 5 zur katholischen, 4 zur evangelischen und 1 zur jüdischen Konfession. Die bewilligten Unterstützungen betragen zusammen 510 Mark. Ein sehr erheblicher Theil der zur Verfügung stehenden Mittel hat wegen Marcks geeigneter Vorschläge nicht zur Vertheilung kommen können; es würde daher sehr erwünscht sein, wenn Alle, welche sich für die Zwecke des Vereins interessieren und Unterstützungsanträge zu machen haben, sich deshalb baldigst an den Vorstand zu Händen des Regierungsraths Selig hier selbst wenden wollten. Eine Vermehrung der Mittel des Vereins würde ihn in den Stand setzen, noch nachdrücklicher und umfassender seine segensreiche Thätigkeit zu entwickeln und noch mehr begabte, aber unbemittelte Kinder in einem ihren Fähigkeiten entsprechenden Berufe vorzubereiten. Es kann daher der Beitritt zu dem Vereine und eine Zeichnung entsprechender Beiträge oder auch wo möglich eine Zuwendung grüner Gaben allen wohltätigen Einwohnern unserer Provinz angeleghentlich empfohlen werden.

× Besitzveränderung. Von den drei Apotheker Wagner'schen Grundstücken, welche im Substationstermine am 5. d. M. von den Herren Zadek und Reinstein erstanden wurden, daß in der Luisenstraße gelegene, an das Mittelschul-Grundstück angrenzende Grundstück mit Hinzunahme desjenigen Theiles von dem an der St. Martinsstraße gelegenen Grundstück, auf welchem sich die Ofenfabrik befindet, für 36,000 Mark an den Töpfermeister Heinze verkauft worden.

Gegen die Vikare, welche nach dem Tode ihrer Bröpfe ihre Remter unbefugter Weise weiter verwalteten, wird auf Grund des bekannten Obertribunalsbeschlusses gegen Nowak in Czepin jetzt energetisch vorgegangen. So wurde Vikar Ulrich in Görlitz am 8. d. M. zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt und erhielt das Verbot, sein Amt weiter zu verwalten; ferner sind die Kirchenvorstände in Wojsin resp. Blizewo angewiesen worden, den dortigen Vikaren Klysz und Marcinowski das Gehalt vorzuenthalten.

In der kostener Zeugnisswangsaffaire hat aus Unlaß der neuen Vorladung der Frau Dr. Bojanowski ihr Gatte dem Untersuchungsrichter nach der "Germania" folgende Erklärung zugegeben lassen: "Meine Frau hat bereits zu den Ältern die Erklärung abgegeben, daß sie auf keinen Fall, trotz jedweder sie bedrohenden Strafe, ein Zeugnis abgeben und zu keinem weiteren Termine erscheinen werde, da sie nicht als Denunziantin gegen den Propst Gadowksi auftreten will. Sobald meine Gattin als Zeugin für einen in der Denunziatation angeführten bestimmten Tag und bestimmte Handlungen wird vernommen werden, wird sie das Zeugnis nicht verweigern; Denunziantin wird sie aber trotz der härtesten Strafen nicht werden. Wenn der Herr Untersuchungsrichter noch nicht die Überzeugung gewonnen haben sollte, daß meine Gattin selbst durch die härtesten Strafen sich nicht zu der verlangten Zeugnisaussage bewegen lassen wird, so bitte ich das Königliche Kreisgericht g. d. ergeben, daß die höchstmögliche Strafe auf einmal festsetzen zu wollen, damit meine Gattin nicht fortwährend durch neue Terminvorladungen beunruhigt werde, die auf den Gesundheitszustand derselben einen sehr nachteiligen Einfluß ausüben."

Briefsendungen r. für S. M. S. "Augusta" sind bis auf Weiteres nach Hongkong zu dirigiren.

× Viehseuchen. Der Milzbrand ist nach Mittelheilung der l. Regierung vom 13. d. Mts. ausgebrochen unter dem Rindvieh des Müllermeisters Tamke in Silz-Hausland (Kr. Pomst); die Rinderkrankheit unter den Pferden des Eigentümers Waschkowitz im

Neu-Widzim (Kr. Pomst). Dagegen sind erloschen: die Rinderkrankheit unter den Pferden des Mühlbergers Wandel in Bentkow, des Dominiums Szulda (Kr. Plestchen), des Wirths Holderny in Brudewo (Kr. Schrimm); die Lunen, auch unter dem Rindvieh des Dominiums Wobnitz (Kr. Kosten) und des Domänenklosters Laßkow (Kr. Dobritz).

× Steckbrieflich verfolgt wird der Partikular-Hirsch Bach aus Posen, welcher durch reichkräftiges Erkenntnis des Königl. Kreisgerichts zu Posen vom 21. Juni 1877 wegen Unterschlagung in zwei Jahren zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt und flüchtig geworden ist.

× Polizeibericht. Gefunden: 1 goldene Damenuhr mit kurzer Kette, abzuholen bei Waldemar Günther, Dominikanerstraße 1. — 1 Wagenette. — Verloren: 1 Beutelportemonnaie enthaltend 10 M. und einiges Kleingeld. — Der Droßelkutscher Nr. 52 Michael Biallowitsch, Wallstraße Nr. 2 beim Droschkenfuhrhalter Stocznitski, hat hier angezeigt, daß er am 7. März Morgens von einem ihm unbekannten Fahrgäste statt 50 Pf. ein Zubehörstück erhalten habe. Der zuletzt erhaltene Betrag von 9 M. 50 Pf. befindet sich bei dem Fuhrhalter Stocznitski, Wallstraße Nr. 2 in Gewahrsam und kann vom rechtmäßigen Eigentümer daselbst in Empfang genommen werden. — Vom Berliner Polizeipräsidium wird auf einen Schwinger in folgender Weise aufmerksam gemacht: Der angebliche Techniker Arnold Jon, Russ., aus Grodno, ca. 35 Jahr alt, mittlerer kräftiger Statur, schwarze Haare, schwarze Schnurr- und langer geschnittenen Vollbart, spricht gebrochen deutsch in schlechtem jüdischen Dialekt; tiefliegende Nasenwurzel, jüdischen Typus, bekleidet mit schwarzen Käufermanntel mit sehr breitem Kürze hinten, niedrigem schwarzen Hut, ist am 24. v. M. von hier flüchtig geworden. — Derselbe hat dadurch einen bedeutenden Verzug verübt, daß er biesige Geschäftslizenzen vorgeschwindelt, er sei im Besitz eines Präsidenten, daß geeignet sei, den Spiritus um ca. 12 Prozent zu erhöhen. Er giebt vor, daß er wegen seiner Erfindung bei der russischen Regierung vorstellig geworden sei und daß er von derselben, namentlich von dem russischen Kollegienrat Hrn. v. Koumanian hier protegiert werde.

× Wreschen, 11. März. [Standesamt. Gewerbeamt. Verbrauchsteuer. Verbrauchsverein.] Nach Ausweis der Standesamtsregister sind im hiesigen Standesamtsbezirk während der Monate Januar und Februar 28 Geburten verzeichnet worden, von denen 17 männlichen und 9 weiblichen Geschlechtes waren. Gestorben sind 9 männliche und 10 weibliche Personen; außerdem sind zwei Todgeborene vorgekommen. Eheschließungen wurden vier verzeichnet, von denen eine rein evangelisch und drei rein katholisch waren. Im Landkreis Wreschen sind 41 Geburten verzeichnet worden, von denen 17 männlichen und 16 weiblichen Geschlechtes waren. Sterbefälle sind 27 vorgekommen, von denen 10 männlichen und 17 weiblichen Geschlechtes waren, außerdem ist eine Todgeburt zu verzeichnen. Beide Ebenen sind geschlossen worden, von denen eine rein evangelisch und neun rein katholisch waren. — Nach der letzten Einschätzung zur Gewerbesteuer für das Etatjahr 1878-1879 zählt die hiesige Stadt 263 Einwohner, welche die Summe von 4695 M. Gewerbesteuern aufbringen müssen. Zur Klasse A. Handel mit laufmännischen Rechten, gehören 53 Kaufleute, welche zusammen 1593 M. Gewerbesteuern zahlen. Zur Klasse B. I. Handel ohne laufmännischen Rechten, gehören 117 Kaufleute und zählen 1404 M. Zur Klasse B. II. gehören 3 Gewerbetreibende und zählen im Ganzen 36 M. Zur Klasse C. steuern 49 Gast, Schank und Speisevirte, welche 1179 M. zahlen. Zur Klasse H. gehören 33 steuerpflichtige Handwerker und zählen 402 M. Zur legenden Klasse gehören 8 Fuhrleute und zählen im Ganzen 81 M. Gewerbesteuer. — Am 6. März fand in dem Bavarischen Hotel die Generalversammlung des hiesigen Verschönerungsvereins statt. Aus der Rechnungslegung wurde ersichtlich, daß die Einnahme im vergangenen Jahre 473 M. 69 Pf. die Ausgabe 466 M. 30 Pf. betrug. Nachdem dem Rendanten Herrn v. Wardencki Decharge ertheilt, wurden die alten Vorstände wieder gewählt.

— ph. Schuttegel, 13. März. [Personalien.] Der bisherige Distriktskommisarius Schäfer ist mit dem heutigen Tage pensionirt und der Bürgermeister Clemens von dem heut hier anwesenden Landrat als interimistischer Kommisarius des Distrikts West verpflichtet worden.

△ Reisen, 13. März. [Schneefürst] Gestern Nachmittags 3 Uhr hatten wir hier einen 10 Minuten anhaltenden, orkanähnlichen Schneesturm.

F. Aus dem Kreise Kröben, 13. März. [Marktreise. Aufgefunder Leichenam] Die neuesten Marktpreise der Stadt Nauheim stellen sich wie folgt: je 100 Kilo Weizen 19 bis 21 M., Roggen 12 bis 13,50 M., Gerste 13,50 bis 15,50 M., Hafer 12 bis 13 M., Hirse 11 bis 13 M., Erbsen 15 bis 17 M., Kartoffeln 3,20 bis 4 M., Stroh (600 Kilo) 15 bis 18 M., Heu (50 Kilo) 2,10 bis 2,50 M., ½ Kilo Butter 90 Pf. bis 1,10 M., 3 Raummetter Holzbart 25, weich 21 M. — Vorigen Montag früh wurde auf der Feldmark Smolice an der Chaussee zwischen Koblin und Orlow der Domänen-Stellmacher Jerosek aus Blatzkowitz leblos, vollständig durchschläf und zufammengefroren, aufgefunden. Nach Hause gebracht, wurde er ins Leben zurückgerufen, doch vermochte er nicht nähere Auskunft zu geben und starb am Nachmittag. Man vermutet, daß hier ein Verbrechen vorliegt.

□ Fraustadt, 13. März. [Weiß. Jubiläen. Gewitter.] Der Fackelzug anlässlich des 25jährigen Dienstjubiläums des Bürgermeisters Maßel als Leiter unserer Stadt und des 50jährigen Bürgerjubiläums des Senators Clemens wurde von unserem Feuerrettungsverein und dem Turnverein am Montag Abend aufgeführt und gewährte trotz des regnerischen Wetters einen schönen Anblick. Am Dienstag, dem Festtag, überreichte eine Deputation der Stadtverordneten Herrn Maßel zwei große silberne Leuchter zum Geschenk, Herrn Clemens dagegen ein praktisches Diplom als Stadtältester der Stadt Fraustadt. Nachmittags fand in Thiel's Hotel zu Ehren Beider ein Festessen statt, an welchem sich weit über 100 Personen aus allen Ständen beteiligten. — Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr zog ein kurzes aber heftiges, von Sturm, Hagel und Schnee begleitetes Gewitter, welches zwei starke Schläge entsetzte, von denen der eine am Blitzableiter des Pfarrkirchthumes, ohne Schaden anzurichten, niederschlug, über unsere Stadt. In dem ca. 8 Kilometer von hier entfernten Heuersdorf sollen in Folge Blitzschlags mehrere Gebäude eingestürzt worden sein.

Bromberg, 13. März. [Bürgermeister v. Buchholz] ist bekanntlich seit längerer Zeit am Typhus erkrankt. Wie die "Std. Pr." wissen will, ist sein Befinden äußerst befrügnerregend.

### Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 13. März. [Prozeß wegen Gefährdung eines Eisenbahnges.]. Heute kam eine Anklagesache gegen einen Hülf-Weichensteller der Märkisch-Posener Eisenbahn zur Verhandlung, welcher am 11. August v. J. Nachmittags den von Betschen kommenden Personenzug der Märkisch-Posener Bahn durch falsche Weichenstellung bei der Haltestelle Gurzyn (nahe Posen) gefährdet haben sollte, so daß der Zug gegen mehrere mit Steinen beladene Eisenbahnwagen fuhr; dabei erhielt einer der Passagiere Konfusionen und einige Waggons des Zuges wurden beschädigt. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten des Vergehens gegen den obigen Paragraphen für schuldig und verurtheilte denselben zu einem Monate Gefängnis.

Berlin, 13. März. Die Anklage gegen den Dominikanerpater des früheren Klosters zu Moabit, Grafen Teislans Maria de Robiano (geb. 1829 in Brüssel, seit 1867 preußischer Unterthan) wegen unbefugter Bornahme geistlicher Amtshandlungen wurde gestern in der Appellationsinstanz vor dem Kammergericht verhandelt. Der Gerichtshof erkannte in Übereinstimmung mit der Ansicht des ersten Richters auf Freisprechung, indem er zugleich der Ansicht war, daß der Angeklagte durch das Klostergebet seiner Befugnis zur Ausübung geistlicher Amtshandlungen nicht verlustig gegangen sei.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Berlin, 12. März. Heute Vormittag fand unter Vorsitz des Dr. Rosenberg, Vorsitzenden des Verwaltungsrates, und unter Beisein des Staatskommisarius Große die außerordentliche Generalversammlung der Bevölkerung-Bank statt. Es wurde folgender vom Ingénieur Goeth eingebrochener Antrag mit allen gegen 11 Stimmen angenommen: 1) "die Liquidation der Bank vorläufig auszuschließen, von der Regierung ein Moratorium von drei Monaten zu erbitzen, sodann durch eine von der Generalversammlung gewählte Kommission sämtliche Activa und Passiva unter Aufsicht der Regierung feststellen zu lassen, den Befund dann einer nach drei Monaten neu einzuberuhenden Generalversammlung vorzulegen und hierauf an Grund der gewonnenen Erfahrungen an eine Rekonstruktion der Bank zu geben". 2) Die Generalversammlung soll die Kommission beauftragen, die nötigen Schritte zu thun, um den Verwaltungsrath für seine bisherige Mängelung verantwortlich zu machen. 3) Die Verwaltung soll zu einer sofortigen Einberufung der Rentenplatzer veranlaßt werden, damit dieselben gleichfalls ein Komité wählen, das sich mit dem Komitee der Generalversammlung wegen der weiter zu ergreifenden Schritte in Verbindung setzen wird. Die Debatten waren sehr erregt und es fehlte natürlich nicht an sehr lebhaften Anklagen gegen die bisherige Leitung der Gesellschaft.

\*\* Preußische Anleihen. Die am 1. April d. J. fälligen Binsen der Preußischen Anleihen können bei der Staatskreditanstalt-Liquidationskasse in Berlin, schon vom 15. d. Mts. ab in Empfang genommen werden. Von den Regierungs-Hauptkassen, den Bezirks-Hauptkassen der Provinz Hannover und der Kreiskasse in Frankfurt a. M. werden die Coupons vom 20. d. Mts. ab, mit Ausnahme der Sonn- und Feststage und der Kassenrevisions-Tage, eingelöst werden. Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldengattungen und Appoints geordnet und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufgeregnetes, unterfribeeenes und mit Angabe der Wohnung des Inhabers versehenes Verzeichniß beigegeben sein.

\*\* Brauntwein-Export aus Schlesien. Der Export von Brauntwein aus Schlesien hat in dem abgelaufenen Jahre 1877 gegen das Vorjahr einen nicht unbedeutenden Aufschwung genommen, denn während im lastgenannten Jahre sich diese Ausfuhr auf nur 61.835,267 Literprozent belaufen hat, ist dieselbe in 1877 auf 86.168.994 Literprozent gestiegen, hat also um 24.333,727 Literprozent zugenommen. Der Hauptgrund dieser Steigerung liegt in dem Kriege Russlands gegen die Türkei, indem der früher sehr starke Export aus Russland nach Hamburg und teilweise nach Triest sich wesentlich vermindert hat, da die Versorgung der russischen mobilen Arme bedeutende Mengen des dort erzeugten Brauntweins absorbierte und die Ausfuhr bevärmte. Infolge dieses gestiegerten Konsums sind auch die Preise des Spiritus in Russland nicht unerheblich gestiegen, wodurch der Export unlohnender wurde, während in Deutschland und besonders in Preußen infolge einer guten Kartoffelernte die Brauntweinpreise sich wesentlich niedriger stellten als im Nachbarstaate. Wegen dieser Minderzufuhr aus Russland war auch der Begehr ein stärker und hat namentlich die Ausfuhr von Spiritus aus Schlesien nach den östlichen Donauländern und nach Italien einen wesentlichen Aufschwung genommen. Am Export-Bonifiziationen wurden in dieser Provinz im Jahre 1876 98.610 Mark verarbeitet, während diese Bergfütigung sich im Jahre 1877 auf 1.376.293 Mark belief. Die Differenz zwischen beiden Jahren beträgt mithin nicht weniger als 392.783 Mark.

### Vermischtes.

\* Vom Sturm und Wetter. Es läuft sich jetzt erst das weite Gebiet übersehen, über das der Sturm am 7. und 8. d. J. sich erstreckt hatte; derselbe hielt zu Anfang eine nordwestliche Richtung inne und sprang dann gegen Südwesten um. Den vorliegenden Berichten nach hatte er für das kontinentale Europa seine Ausläufer in Hamburg und Wien. Fast überall gingen ihm Schneefall oder Regenkaskus vor auf oder begleiteten ihn, wobei es zu vielen Verkehrsstörungen, ja selbst größeren Überschwemmungen kam. Hagel, Graupel, Schneefall und Regenfall brachten eine solche Masse atmosphärischer Niederschläge, daß die Flüsse in Mitteleuropa hoch anschwollen und große Gebiete unter Wasser setzten. Ganz besonders schwer soll die Gegend bei Einmündung der Mulde in die Elbe beinahe sein; auch in der Umgegend von Wittenberg sind die Gewässer der Elbe ausgetreten und die schwungz. gelben Fluten ergossen sich stundenweit über das flache Land, bis die soliden Dämme holt geboten. Aus Hamburg, Stade, Leerort, Schnebeck, Wittenberg, Halberstadt, Leipzig, Warmbrunn, Görlitz, Glogau, Königsberg, Breslau, Wien, Prag, Brünn, Pest, Linz ic. werden Stürme und Gewitter gemeldet. In Wien wiederholte sich am 8. Vormittag vor 11 Uhr, sah um dieselbe Zeit wie am 7. das Phänomen, nachdem Nächts vorher ebenfalls starker Sturm blies, nur mit dem Unterschied, daß die Ablösung der Luft intensiver und rascher erfolgte, von ca. 5 auf 3 Gr. N. weil das Schneegestöber viel stärker war und länger anhielt, als der vorangegangene milde Niederschlag. Zudem ist das Wiederleben des Unwetters nach einer Periode von fast genau 24 Stunden höchst auffallend und läßt einen Zusammenhang mit der Umbreitung der Erde ahnen. Ein Wintergewitter, bei dem es gleichzeitig blitzt und schneit, muß offenbar eine ganz andere Entstehungsursache haben als ein Sommergewitter, das sich fast lokal bildet und lokal niedergeht, das vor unseren Augen entsteht und so zu sagen in der Luft liegt, in unserer Luft. Ein so gewaltiger Aufprall in der Atmosphäre, muß eine ferner liegende Ursache haben, die sich unserer kurzsichtigen Beobachtung entzieht. Nach Rudolph Falb's Hypothese werden derartige scheinbar unerklärliche Wasserfälle dadurch erklärt, daß, wenn die Erde auf ihrer Bahn in einer solchen Stellung zu Sonne und Mond kommt, wodurch die vereinigte Antriebskraft dieser beiden Himmelskörper eine maximale Flutwelle der Atmosphäre (und wir müssen doch wohl auch bei der Atmosphäre gerade so wie beim Meer eine Flut und Ebbe annehmen) erzeugt wird, der höher aufsteigende Boden des Äquatorial-Luftstromes mit dem Polarstrom jedenfalls über einem anderen Punkte der Erde zusammentrifft als bei einer anderen Konjunktur. Wahrscheinlich traten jene Umstände diesmal ein.

\* Berlin, 13. März. [Wegen betrügerischen Bankenrotts] ist, wie die "Post" mitteilte, nicht weniger als in sieben verschiedenen Fällen seit dem jüngsten Sonnabend die Untersuchung gegen bie

auf die Anzeichen außerhalb zu sein, welche auf alterthümliche Be- gräbnisstätten, auf vorhistorische Denkmäler hinweisen, und weist auf die Wichtigkeit solcher Funde mit einer Wärme hin, welche Zeugnis ablegt für die Liebe, von welcher die Verfasserin der Broschüre für den Gegenstand durchdrungen ist. In flüchtigen aber markirten Umrissen bietet uns Fr. J. Mestorf Bilder, welche sich aus der Vorzeit Schleswig-Holsteins entwerfen lassen, „da es zu einer feineren Detailmalerie noch zahlreicher Funde aus den verschiedenen Kulturperioden, gründlicher Ausgrabungen und fleißigem Studiums bedarf.“ Da wir in unserer Provinz uns fast genau bezüglich der archäologischen For- schungen auf dem Standpunkt befinden, wie ihn Fr. Mestorf als in Schleswig-Holstein beschreibt, so ist das Büchlein nicht bloss ein Mahnmal der Verfasserin an ihre Landsleute das Mögliche zur Aufhellung der Vorgeschichte ihrer Heimat zu thun, sondern eine Mahnung für Jeden, der ein Herz, für die Menschheit und ihre Ge- schichte hat. Hier sei nur noch bemerkt, daß das Büchlein mit fünfzehn Tafeln ausgestattet ist, auf denen viele Fundgegenstände nament- lich auch das Bild eines Kriegersmannes, dessen Kleidung nach den Fundobjekten aus dem Thorberger Moor in Ampeln zusammengestellt ist und dessen prächtiger silberner Helm Weltberühmt erlangt hat, dargestellt sind. Es ist dies nach Professor Engelhardt das Bild eines nordischen Heerführers aus dem 3. Jahrhundert. Das be- sprochene Schriftchen ist im Auftrage des Kultusministeriums ver- öffentlicht.

Al... K...

**Briefkasten der Expedition.**

Den Loos-Inhabern der Albert-Lotterie hiermit zur Nachricht, daß die Gewinnliste erschienen ist und bei uns eingesehen werden kann, auch sind dieselben häufig für 1 M. bei uns zu haben.

Auswärtigen teilen das Resultat bei Angabe der Loos-Nummer und Beifügung des Rückportos bereitwilligst mit.

**Verantwortlicher Redakteur:** Dr. Julius Wasner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Telegraphische Nachrichten.**

Berlin, 11. März. Das Herrenhaus nahm die Kreisverfassung für Lauenburg an und genehmigte die Paragraphen 1—19 des Aus- führungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz nach den Kommissions- anträgen. — Das Abgeordnetenhaus erledigte die zweite Lesung des Vorstdiebstahlsgesetzes, und nahm einzelne Paragraphen unter Ablehnung fast sämtlicher Amendements wesentlich nach den Kommissions- anträgen an.

**Konkurs-Gründung**

Königliches Kreisgericht  
zu Wongrowitz,  
Erste Abtheilung.

Wongrowitz, den 7. Februar 1878,  
Vormittags 11 Uhr.

Über das Vermögen des Kauf-  
manns Wolfs Vincenz zu Janowitz  
ist der kaufmännische Konkurs eröff-  
net und der Tag der Zahlungsbe-  
staltung auf den 7. Februar 1878 fest-  
gesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der  
Masse ist der Agent David Föder  
zu Wongrowitz bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschulds  
werden aufgefordert, in dem auf

den 25. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar Kreis-Richter  
Disse anberaumten Termine ihre Er-  
klärungen und Vorschläge über die Be-  
hauptung dieses Verwalters oder die  
Bestellung eines anderen einstweiligen  
Verwalters abzugeben.

Allmen, welche von dem Gemeinschul-  
der etwas an Geld, Papieren oder an-  
herrn Sachen in Besitz oder Gewahr-  
sam haben, oder welche ihm etwas ver-  
schuldet, wird aufgegeben, nichts an  
denselben zu verabsolzen oder zu zah-  
len, vielmehr von dem Besitz der Ge-  
genstände bis zum

12. März 1878 einschließlich  
dem Gericht oder dem Verwalter  
der Masse Anzeige zu machen und  
Alles mit Vorbehalt ihrer etwaiger  
Rechte, ebendahin zur Konkursmasse  
abzuliefern. Pfandinhaber und andere  
mit denselben gleichberechtigte Gläubiger  
des Gemeinschuldners haben von  
den in ihrem Besitz befindlichen Pfand-  
stücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Dienstjenigen, welche  
an die Masse Ansprüche als Konkurs-  
gläubiger machen wollen, hierdurch auf-  
gefordert, ihre Anprüche, dieselben mög-  
lich bereits rechtshängig sein oder nicht,  
mit dem dafür verlangten Vorrecht bis

21. März 1878 einschließlich  
bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzu-  
melden und demnächst zur Prüfung der  
sämtlichen innerhalb der gedachten  
Frist angemeldeten Forderungen sowie

nach Befinden zur Bestellung des defi-  
nitiven Verwaltungspersonals auf

den 9. April cr.,

Vormittags 10 Uhr,  
vor dem Kommissar Kreisrichter Disse

Wer seine Anmeldung schriftlich ein-  
reichet, hat eine Abschrift derselben und  
ihrer Anlagen beizufügen.

Der Gläubiger, welcher nicht in  
unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz

hat, muß bei der Anmeldung seiner  
Forderung einen am hiesigen Orte

mohnahmen oder zur Praxis bei uns  
berechtigten auswärtigen Bevollmächtig-  
ten bestellen und zu den Akten an-

eigen.

Denjenigen, welchen es hier an Be-  
hauptung fehlt, werden die Rechts-  
anwälte Ritter, Galon und Jac-  
ger zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Wongrowitz, den 12. Februar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses.

**Bekanntmachung.**

Bei dem wegen Pferdediebstahls füch-  
tigen Moses alias Wolf Kuezy n-  
stet aus Mocker bei Thorn sind drei  
imuthmäßig für gestohlene, einge-  
tauchte Pferde, sowie eine Menge  
wahrscheinlich von gestohlenen Fuhr-  
werken herrührender Utensilien in Be-  
schlag genommen.

Die Bestohlenen werden aufgeföhrt,  
sich behufs Recognition an den  
Gendarmer Sechting zu Mocker zu wen-  
den erucht.

Thorn, den 12. März 1878.

Königl. Staatsanwaltschaft.

Kellermann.

**Posen-Creuzburger Eisenbahn.**

Es soll die Lieferung unseres Be-  
darfs von

6000 Krgr. Wagenschmieröl,

9500 " Maschinenschmieröl,

2800 " Brennöl,

16600 " Petroleum,

500 " Kerosin,

6000 " bunte Puhbaumwolle

für die Zeit vom 1. April 1878 bis

dahin 1879 im Wege der Submission

vergeben werden. Offeren sind porto-  
frei und versiegelt mit der Aufschrift:

Submission auf Lieferung

von Betriebsmaterialien

bis zum

25. März 1878,

Vormittags 11 Uhr,

an unsere Betriebs-Materialien-Ver-  
waltung, St. Martin 21, einzureichen

in deren Bureau die Eröffnung der

eingegangenen Offeren demnächst in

Gegenwart der erschienenen Submi-

tenten erfolgen wird.

Die Lieferungsbedingungen, sowie die

Offeren-Formulare können gegen porto-  
freie Einsendung von 0,75 M. von

unserer Betriebs-Materialien-Verwal-  
tung bezogen werden, woselbst die Be-  
dingungen auch zur Einsicht ausliegen.

Die Direktion.

Die auf den 25. d. M. angesetzte

**General-Versammlung**

des Posener Vereins z. Unterstüzung

v. Landwirths.-Beamten wird an den

26. d. M., Vorm. 11½ Uhr verlegt,

da der Landwirths. Hauptverein am

25. d. M. hierorts Sitzung hält.

Posen, den 14. März 1878.

Der Vorsthende des Direk-  
toriums.

G. Methner,

Gasthofbesitzer.

**Laut Telegramm**

sind die Hamburger Post-Dampfschiffe:  
„Gerdor“, am 20. Febr. von Hamburg und am 24. Febr. von Hævre  
abgegangen, am 8. d. M. 7 Uhr Morgens wohlbehalten in New-  
york angelommen; „Suevia“ am 27. Febr. von Hamburg abgegan-  
gen, am 1. d. M. in Hævre eingetroffen und am 3. Morgens von  
dort nach Newyork in See gegangen; „Gessert“, wurde am 6. d. M.  
von Hamburg über Hævre nach Newyork expediert und traf am 8.  
Morgens in Hævre ein. — „Holsatia“, am 21. Febr. von Newyork  
abgegangen, ist nach einer Reise von 10 Tagen 14 Stunden am 4.  
d. M. 4 Uhr Nachmittags in Plymouth, am 5. Morgens in Cher-  
bourg und am 7. Nachmittags in Hamburg angekommen. Das  
Schiff bringt 77 Passagiere, 77 Briefstücke und volle Ladung. — Auf  
der Rückreise von Westindien nach Hamburg ist „Bandalia“ am 11.  
Febr. von St. Thomas abgegangen, am 4. d. M. in Hamburg ein-  
getroffen. — Auf der Reise von Hamburg nach Brasilien und dem  
La Plata sind: „Rio“, am 6. Febr. von Hamburg und am 14. Febr.  
von Lissabon abgegangen, am 1. d. M. wohlbehalten in Bahia ange-  
kommen; „Argentina“, am 6. d. M. von Hamburg abgegangen und am  
7. von Cuxhaven in See gegangen.

Sur Besorgung von Inservaten in alle hiesigen und aus-  
wärtigen Zeitungen kann die in den größeren Städten des In-  
und Auslandes seit vielen Jahren vertretene Central-Annoncen-  
Expedition der deutschen und ausländischen Zeitungen von G. L.  
Daube & Co. (in Polen: Friedr.str. 31), welche sich durch prompte,  
reelle und billige Bedienung auszeichnet, angelegentlich empfohlen  
werden.

**Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin  
und ohne Kosten durch die Ernährung:**

**REVALESCIERE du Barry  
von London.**

Seit 30 Jahren hat keine Krankheit dieser angenehmen  
Gesundheitsweise widerstanden und bewährt sich dieselbe bei Er-  
wachsenen und Kindern ohne Medicin und ohne Kosten bei allen  
Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-,  
Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma-  
kuren, Unberauigkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflösigkeit,  
Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserfluss, Fieber, Schwindel, Blutaus-  
steigen, Ohrnenbrausen, Nebelheit und Erbrechen selbst während der  
Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus  
Gicht, Bleischwucht; und ist sie als Nahrung für Säuglinge schon von  
der Geburt an selbst der Annemik vorzuziehen. — Ein Auszug  
aus 80.000 Certifikaten über Genesungen, die aller Medicin wider-  
standen, worunter Certifikate vom Professor Dr. Burzer, Medicinal-  
rat Dr. Angelstein, Dr. Shoreland, Dr. Campbell, Professor Dr. Dode

Dr. Ure, Gräfin Castletuart, Marquise de Bréban und vielen and-  
erhöchststellten Personen, wird franco auf Verlangen eingefordert.

**Abgekürzter Auszug aus 80.000 Certifikaten.**

Nr. 62476. Dem lieben Gott und Ihnen sei Dank! Die Re-  
ligion hat meine 18-jährigen Leiden im Magen und in den Nier-  
en verbunden mit allgemeiner Schwäche und nächtlichen Schweiß gä-  
lich befeitigt. J. Comparet, Pfarrer, Sainte Romane des Iles

Nr. 89211. Orvau, 15. April 1875. Seit vier Jahren genie-  
t ich die kostliche Revalesciere und leide seitdem nicht mehr an  
Schmerzen in den Lenden, die mich während langer Jahre schreck-  
haft gefoltert hatten. In meinem 93. Jahre stehend, erfreue ich mich der  
vollkommenen Gesundheit.

Nr. 45270. J. Robert. Von seinem 25-jährigen Leiden an Schwin-  
durst, Husten, Erbrechen, Verstopfung und Taubheit gänzlich ge-  
heilt.

Nr. 62485. Pfarrer Boilet von Ercainville. Von Asthma mit häu-  
figen Erstickungen völlig geheilt.

Nr. 80116. Frau Major Deutsch, geb. von Horn in Posen; ihre  
Kinder vom Drüseneiden hegeheilt.

Nr. 64210. Marquise von Brohan, von 7jähriger Leberkrankheit  
Schlaflösigkeit, Bittern an allen Gliedern, Abmagerung und Hypo-  
condrie.

Nr. 75877. Florian Kölle, R. R. Militärverwalter, Groß-  
warden von Lungen- und Lufttröhren-Katarrh, Kopfschwindel und  
Brustbeleidigung.

Nr. 75970. Herr Gabriel Teschner, Hörer der öffentlichen höherer  
Handels-Veranstalt in Wien, in einem verzweifelten Grade von Brust-  
tuberkel und Nervenerrötzung.

Nr. 65715. Fräulein de Montlouis, von Unverdaulichkeit, Schla-  
flosigkeit und Abmagerung.

Nr. 75975. Baron Sigmo von 10jähriger Lähmung an Händen  
und Füßen ic.

Die Revalesciers ist viermal so nahrhaft als Fleisch und erhaltet  
bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln  
und Speisen.

Preise der Revalesciers % Pf. 1 Pf. 80 Pf. 1 Pf. 3 Mark  
50 Pf. 2 Pf. 50 Pf. 70 Pf. 12 Pf. 28 Pf. 1 Pf. 24 Tassen

Revalesciers Chocolatée 12 Tassen 1 Pf. 80 Pf. 24 Tassen

3 Pf. 50 Pf. 48 Tassen 5 Pf. 70 Pf. u. s. w.

Revalesciers Biscuits 1 Pf. 3 Pf. 50 Pf. 2 Pf. 5 Pf. 70 Pf.

zu beziehen durch Du Barry u. Co. in Berlin NW.

25 Louisen-Straße und bei vielen guten Apotheken, Droguen-  
spezier- und Delicatessenhändlern im ganzen Lande.

In Posen:

Rothe Apotheke, Markt 37.

Krug & Fabricius, Breslauer Straße 10/11, St. Martin

Straße 52/53, Halbdorf-Straße 38.

In Breslau: S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gust. Scholz, Herm.

## Patent-Ziegelei-Maschinen

für Dampf-, Pferde- und Handbetrieb in bewährten Systemen und solidester Bauart zur billigen Herstellung von Mauer-, Fiacon-, Hobziegeln, feuerfesten Steinen, Drainabönen, Trottoir- und Flurplatten, Dachziegeln, franz. Falzdachziegeln, Kalk- und Cementsteinen, Kohlenbriquettes etc. Prospekte gratis und franco. Materialproben können täglich in meiner Ziegelei verarbeitet und geprüft werden.

**Louis Jäger, Maschinenfabrikant, Ehrenfeld - Köln.**

Zur Frühjahrsbestellung empfehle ich den Herren Landwirthen und Gärtnern meinen

**Flanzen-Nährstoff à Etr. 9 Pf.**

**Kali-Magnesia-Dünger à Etr. 5 Pf.**

Die Anwendung geschieht am besten einige Wochen vor der Aussaat Nähres durch die Prospette. **Franz Radig, Schweidnitz.**

**Silesia, Verein chemischer Fabriken zu Saarau (Stat. d. Kreis-Freib. Bahn), Breslau (Schweidnitz)**

Stadtgr. 12) und **Merzdorf** (a. d. schles. Geb.-B.). Unter Gehalts-Garantie offerieren wir unsere bekannten Dünger-Präparate sowie die sonstigen gangbaren Dünngmittel.

Proben und Preis-Courants auf Verlangen franco.

Aufträge zu Fabrikpreisen übernimmt Herr **Hermann Mirels in Wreschen.**

**Silesia, Stowarzyszenie chemicznych fabryk w Saarau (Stacya Wroclawsko-Fryburskié želaznej kolei), we Wroclawiu (Schweidnitzer Stadtgr. 12) i Merzdorf (nad szląską koleją górną).**

Pod gwarancją zasobności polecamy znane nasze preparaty nawozowe, jako też najużywalsze nawozy. Próby i cenniki na żądanie franco.

Zlecenia po cenach fabrycznych przyjmuję **Hermann Mirels w Wrzesni.**

**Gesang, Salon-Concert und Opern, Gesang-Unterricht**

ertheilt

**L. v. Mikorska.**

Sprechstunden von 5 bis 2 und 5-6

**Zur Saat verkauft Gleason's (Seed) Kartoffeln 50 Pf.**

v. Etr. frco. Bahnhof Politica,

**Gerste, Wicken,**

das Dom. Napachanie bei Politica.

Auf dem Vorwerk Louisenstein bei Borek sind zweigebrauchte, aber noch sehr gute offene **Wagen** billig zu verkaufen.

Mehrere noch gut erhaltene Sophia's sind billig zu verkaufen.

**G. W. Mewes.**  
Breslauerstr. 30.

**Ein elegantes Carroussel,**

zum Reisen, ist veränderungshalber billig zu verkaufen bei **Friedrich Geissler in Bunzlau.** Schles.

**W. Hoebes,**  
Berlin SW., Wasserthorstr. 32.

Bronce- und Messingwaaren-Fabrik.

Spezial-Geschäft für Thüren- und Fensterbeschlag - Garnituren der verschiedensten Ausführungen. Musterbücher und Preiscurante gratis und franco.

**Echte Harzer Kanarien-Weibchen,** sind per Stück 1,50 M. noch abzugeben. Mühlenstr. 34, Thoreingang, 2. Etage rechts.

Eine Singer-Maschine-Näherrin wird gel. Barlbehof 2, part. rechts.

Ein gr. Bianino w. z. m. Ihnen gefüllt. Preisangabe erwünscht. Dürre, Mühlschaustr. 206.

**Brat- und Röllheringe** in feinstter Qualität empfiehlt **D. N. Leitgeber.**

**Champagner**

in d. Marken, bei Entnahme von 10 fl. ab p. fl. 1½, 2, 2½ und 3 Markt empfehlen.

**Bruno Pusch & Co., Breslau, Carlsstraße 43.**

**Frische Seechopte und Dorsche empfing**

**A. Cichowicz.**

Es wird gesucht ein **Milchpächter**

für 70 Kühe, eine Melke Chaussee zur Eisenbahntation Bronke. Fabrikneinstellung vollständig.

**Dom. Dobrojewo bei Bronke.**

**Frische Flundern,** Bücklinge, Kieler Sprotten, Lachs, Kal empfiehlt

**A. Urbanowicz, Wasserstr. Nr. 25.**

**Syphilis, Geschlechts-, Haar-, Krautleiden, Pollen- u. Impotenz hilf. briefl. ohne Beurteilung gründl. u. schnell Dr. med. Bils, Berlin, Prinzenstr. 65.**

Eine hübsche Parterre-Wohnung, 2 Stub. m. Kochherd u. Beigelaß, z. 1 April für 75 Thlr. z. verm. Schles. Straße 4.

Al. Ritterstr. 13 sind noch 3 kleine Wohnungen von 2 3. u. 4. u. 1. herrsch. Wohn. von 6 Zim., Küche u. Baden. nebst Pferdestall zu vermieten.

Ein möbl. Zim. z. verm. f. 1 ob. 2 Herren. Schuhmacherstr. 11, 2. Et. rechts.

Eine Mittelwohnung von 3 Zim. ist Mühlenstraße 38 zu vermieten.

2 junge Leute suchen ein möbl. Zimmer ohne Betten. Off. p. B. m. Preisangabe d. Daube & Co., Friedrichstr. 31 erb.

Ein geräumiges Geschäftslokal mit zwei Schaufernern, Nebengimmern und Zubehör ist an der Wilhelmstraße und in der Nähe des Wilhelmsplatzes sofort zu vermieten. Näheres in der Exped. d. Pos. Ztg.

Ein Pferdestall mit oder ohne Reprise z. verm. Schützenstr. 2.

Schloßstr. 2 part. billig 1 Geschäft. u. 2 große schöne Zimmer, Küche jetzt Weizbaarg. Wirth 1 Etr. 10-3 Uhr zu verm.

Zum 1. April c. St. Martin 18 herrschaftliche Wohnungen zu vermieten. Näheres das Parterre rechts.

Ein Kaufmann mit Kapital wünscht sich an einem nachweislich guten Betrieb Geschäft oder anderem Unternehmen zu betreiben, oder das-selbe ganz zu übernehmen. Ost. Off. unter A. 100. postlagernd hier.

Ein 1½jährigen Stamm-

ochsen - Holländer und Angler

Kreuzung verkauft das Dominium Napachanie bei Politica.

werden zum Bau der Forts Glowno und Zgorze zu kaufen gefügt. Offeren mit Preisangabe bis zum 22. März c. an die Baugesellschaft Degen, Goerster & Wilhelmi in Posen zu richten.

Druck und Verlag von W. Dietz & So. E. M. & S. in Posen.

## Zur Einsegnung

empfehlen wir das in unserm Verlage erschienene

## Gesangbuch

für die evangelischen Gemeinden der Provinz Posen

in den billigsten bis hochfeinsten und elegantesten Einbänden in Leinwand, Chagrin, Sammet etc.

**Hofbuchdruckerei  
W. Decker & Comp.**

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Rosa mit unserem Neffen Wilhelm Sokolowski heißt statt besonderer Meldung Freunden und Bekannten mit.

Wreschen, den 13. März 1878.

**Julius Sokolowski und Frau.**

Als Verlobte empfehlen sich:

**Rosa Sokolowska.**

**Wilhelm Sokolowski.**

Wreschen.

Herrn von früher gebratene Blunder und Heringe. G. W. Mewes.

Für Tischgänger kräftiges Mittagessen empfiehlt H. Quenstedt, Kl. Ritterstraße Nr. 18.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fr. Frieda Gräfin Einzel mit Sec. Leut. Leo Sahner von Sahner-Dahlen in Dresden. Fr. Kate Winslow mit Rittmeister Theodor von Arnim in Karlsruhe. Fr. Elisabeth Isol mit Kaufmann Berthold Lessing in Leipzig-Berlin. Fr. Anna Menge mit Gymnasiallehrer Ludwig Eriksen in Kreuznach.

Verehelicht: H. von Rohr mit Fr. Hermine Böther in Gransee. Gr. Polizei-Offizier Carl Schärer von Schärer-Dahlen in Dresden. Fr. Charlotte Ganzow mit Rittmeister Theodor von Arnim in Karlsruhe. Fr. Elisabeth Isol mit Kaufmann Berthold Lessing in Leipzig-Berlin. Fr. Anna Menge mit Gymnasiallehrer Ludwig Eriksen in Kreuznach.

Geboren: Ein Sohn: Herren: Pfarrer Günther in Tiefurt i. Sachsen. Ober-Prediger Woelfel in Gällies. Willi. Admiralsrat Perels in Berlin. Rechtsanwalt Middendorf in Dölitz. Albert Buchthal. Stabsarzt Dr. Dietrich in Danzig. Eine Tochter: P. V. Hagen in Emden. G. Wagener in Berlin.

Gestorben: Herzogl. sächs. Geh. Ratsrat und General-Intendant a. D. Gustav Freiherr von Meyern-Öhnenberg in Konstanz. Prem. Leut. Wadsworth von Bethke Sohn Horst in Erfurt. Major von Oldman Sohn Curt in Wilhelmshaven. Gymnasial-Direktor Dr. Brock Tochter Katharina in Königslütz. Major a. D. Ludwig Bogislav v. Schlabendorf in Dessau. Berth. Frau Clara Boß, geb. Simon, in Eberswalde. Frau Hedwig Liemann, geb. Börner, in Berlin. Karl Friedr. Bornemann in Berlin. Bäckermeister Karl Fr. Tomaschewski in Berlin. Ernst Schröder in Berlin. Rentier J. Fr. Braun in Berlin. Frau Bertha Dathe, geb. Noack, in Berlin. Berth. Frau Marie Nantes, geb. Köster, in Berlin.

Kaufmännischer Verein.

Die Herren Mitglieder werden an den regelmäßigen Besuch der Vereinsabende erinnert.

Der Vorstand.

Königin-Luisen-Verein.

Freitag, 15. März, Abends 7 Uhr, in der Aula der Realschule

11. und letzter Vortrag, Hr.

Oberlehrer Dr. Hassenkamp:

"Heber Volksstitten und Volksaberglauben."

Billetts zu 75 Pf. in der Buchhandlung von P. Türk.

Verein junger Kaufleute zu Posen.

Sonnabend, den 23. d. Mts., Abends 8½ Uhr, im Lambert'schen Saale:

Kräntzchen.

Anmeldungen hierzu nimmt Herr D. S. Jablonksi, im Comptoir Gr. Gerberstr. 23, entgegen.

Der Vorstand.

B. Heilbronn's Volksgarten-Theater.

Freitag, den 15. März:

Große Extra-Vorstellung.

Entree 30 Pf.

Klein Geld,

Pfesse.

Sonnabend, den 16. März:

Großes Kölner Narrenfest.

Interims-Theater.

Freitag, den 15. März:

Extra-Vorstellung.

Loge und Sporthälfte 50 Pf.

Der Glöckner von Notre-Dame.

Romantisches Drama in 6 Tableaux nach dem Roman des Victor Hugo, frei bearbeitet von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Die Direktion.